



9 ● n

I remember,

remember the 9th of november

Die Erinnerung und das Gedenken
an die Novemberpogrome in Deutschland



Herausgeber_innen:

JD/JL Brandenburg

V.I.S.d.P.:

Tatjana Tschewtschenkowa

c/o JD/JL Brandenburg

Gryphiusstraße 23

10245 Berlin

Layout:

Das G.

- 5 I remember, remember the 9th of november...**
Die Erinnerung und das Gedenken an die Novemberpogrome in Deutschland
- 8 „Ich weiß nur, dass wir diese rauchenden Trümmer da angeguckt haben.“¹**
Die Novemberpogrome von 1938 – eine historische Einordnung
- 21 Ein letzter Akt der Selbstbestimmung.**
Suizid im Zusammenhang mit der antisemitischen Vernichtungspolitik im Nationalsozialismus
- 37 Voids in Brandenburg**
Folgen des deutschen Antisemitismus
- 57 „Antisemitismus ist selbstverständlich ein gesamtgesellschaftliches Problem.“**
ein Interview mit Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam
- 65 Gedenkverweigerung und Gedächtnistheater –**
Der Umgang mit der Erinnerung an die Novemberpogrome als Spiegel der Nation
- 81 Entlastung von der Geschichte: Umdeutung, Relativierung, Revisionismus.**
- 94 Glossar**



I remember, remember the 9th of november...

Die Erinnerung und das Gedenken an die Novemberpogrome in Deutschland

Liebe Leser_innen,

in euren Händen haltet ihr unsere Broschüre „*I remember, remember the 9th of november...*“, die wir anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 veröffentlichen. Jedes Jahr am 9. November kommt es in den Nachrichten, in Zeitungen stehen einige Artikel, Polititiker_innen halten Reden und legen Kränze nieder, vereinzelt wird in Schulen vielleicht auch ein Projekt zum Thema durchgeführt – denn im November 1938 fanden überall in Deutschland antisemitische Pogrome statt, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November ihren traurigen Höhepunkt erreichten.

Obwohl dies ein überaus deutliches Zeichen dafür ist, wie weit der Antisemitismus in den Köpfen der Deutschen im November 1938 schon voran geschritten war, wird diesem Tag in Deutschland nur oberflächlich gedacht. Fern ab von den eingangs erwähnten knappen medialen Einschüben, politischen Reden und Schulprojekten findet keine tief gehende Auseinandersetzung mit den Novemberpogromen, der Shoah und der nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands statt.

In dieser Broschüre wollen wir die traurigen Geschehnisse rund um den 9. November 1938 aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Folgende Seiten stellen den Versuch dar, sich intensiver mit den Novemberpogromen und ihren Folgen damals wie heute auseinander zusetzen. Einleitend gibt es eine historische Einordnung der Novemberpogrome und die direkten Folgen der Vernichtungspolitik im nationalsozialistischen Deutschland werden untersucht.

Dabei wollten wir es jedoch nicht belassen, denn die Novemberpogrome und die Shoah wirken bis heute. Sie sind zu finden in den Leerstellen jüdischen Lebens, die sie unter uns hinterlassen haben. Sie sind zu erkennen, in der Art und Weise, wie in der DDR, der BRD und der Berliner Republik ein Gedächtnistheater rund um das Gedenken an die Novemberpogrome inszeniert wird. Die Folgen sind auch deutlich, wenn man sich anschaut, wie in Deutschland mit der NS-Geschichte umgegangen wird oder wenn man betrachtet, wie Antisemitismus bis heute tief in der Gesellschaft verankert ist. Zu all diesen Themen finden sich Artikel und ein Interview auf den folgenden Seiten. Am Ende der Broschüre gibt es außerdem ein *Glossar*, in welchem wir versucht haben, für uns wichtig erscheinende Begriffe und Schreibweisen zu erklären. Schaut also einfach mal hinten rein!

In den von uns zusammengestellten Texten setzen wir einen der Schwerpunkte auf die Geschehnisse rund um den November 1938 in Brandenburg. Dies hat zum einen damit zu tun, dass Jungdemokrat_innen/Junge Linke Brandenburg eine Gruppe ist, die im öden schnöden Brandenburg Politik macht. Mit der Schwerpunktsetzung ging es uns aber auch darum aufzuzeigen, dass der Nationalsozialismus und die Shoah keine historischen Ereignisse sind, die im Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands beendet waren. Bis heute ist Deutschland das Land der TäterInnen und das Land der Shoah. Indirekt haben die meisten von uns mit der NS-Geschichte zu tun – Spuren davon finden sich in unseren Familien, an den Orten, auf denen unsere Häuser gebaut sind, in der Art und Weise, wie wir Geschichte wahrnehmen und mit ihr umgehen. Und für Leute, die wie wir in Brandenburg leben oder die aus Brandenburg kommen, wird dies am deutlichsten, wenn die Beispiele in den Texten einen Bezug zu Brandenburg haben. Aber das, was für diesen Teil Deutschlands gilt, zählt auch für den Rest des Landes. So

lange, wie sich nicht wirklich mit der deutschen Geschichte auseinander gesetzt wird, so lange wie nicht die TäterInnen in jeder deutschen Familien benannt werden, so lange wie nicht konsequent mit antisemitischen Vorurteilen und Denkmustern gebrochen wird, kann es keinen verantwortungsvollen Umgang mit der deutschen NS-Geschichte geben.

Wir bedanken uns herzlich bei den Autor_innen, die uns bei der Erstellung dieser Broschüre durch ihre Artikel unterstützt haben: *Andreas Hechler (Naturfreundejugend Berlin)*, *Stephan Weigand* und die Gruppe *...nevergoinghome..*. Außerdem freuen wir uns sehr, dass sich *Gideon Botsch* vom *Moses Mendelssohn Zentrum* in Potsdam die Zeit für ein Interview mit uns genommen hat. Zudem senden wir Dankesgrüße an *Frau G.*, denn ohne ihr Layout gäbe es diese Seiten gar nicht!

Wir hoffen, ihr findet viele neue Anregungen beim Lesen dieser Broschüre!

Eure Jungdemokrat_innen/Junge Linke Brandenburg

im November 2008

„Ich weiß nur, dass wir diese rauchenden Trümmer da angeguckt haben.“¹

Die Novemberpogrome von 1938 – eine historische Einordnung

Der 9. November 1938 ist in Deutschland allgemein bekannt. Gehandelt wird das Datum unter verschiedenen Begriffen wie der „Pogromnacht“, der „Reichskristallnacht“, der „Reichspogromnacht“, dem „Novemberpogrom“, dem „Synagogenbrand“. Noch immer dominiert der Begriff „(Reichs)-Kristallnacht“ das Denken und Gedenken in Deutschland, als ob in diesen Nächten nicht mehr als ein paar Fensterscheiben zu Bruch gegangen wären. Seit einiger Zeit wird in wissenschaftlichen Arbeiten aber immer öfter von den „Novemberpogromen“ gesprochen um zu verdeutlichen, dass es sich bei den Ereignissen des 9. Novembers nicht nur um einen Tag oder eine Nacht handelte, sondern um eine länger anhaltende antisemitische Welle.²

Wohl die Meisten sind spätestens im Schulunterricht irgendwann einmal über dieses Datum „gestolpert“ und haben dabei einprägsame Bilder von brennenden oder zerstörten Synagogen im Kopf behalten. Wir wissen also worum es ging. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden unzählige Synagogen in Brand gesetzt, jüdische Geschäfte zerstört und geplündert. Wozu also dieser Artikel?

1 Zitat eines Interviews mit einer deutschen Familie die die Novemberpogrome mit erlebt hat, in: Welzer, Harald; Moller, Sabine, Tschuggnall, Karoline; „Opa war kein Nazi“-Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, in: Pehle, Walter [Hg.]; „Die Zeit des Nationalsozialismus, eine Buchreihe“; Fischer, Frankfurt, 2003, S.44

2 Zur wissenschaftlichen Diskussion um die Benennung des Datums siehe: Webdokument: Schmid, Harald; „Sprachstreit im Novemberland - „Reichsscherbenwoche“ Datum, Deutung und Erinnerung des Novemberpogroms von 1938“, 2002, <http://www.freitag.de/2002/46/02461801.php>



Der 9. November 1938 spielt trotz des Wissens über die wichtigsten Fakten kaum eine Rolle im deutschen Gedenken. Denn der 9. November steht in Deutschland vor allem für den Mauerfall von 1989. Deswegen wird das Gedenken an die Novemberpogrome jedes Jahr nur am Rande erwähnt. Dabei markieren die Novemberpogrome den Übergang von der „wilden“ Vertreibung zur systematischen Auslöschung jüdischen Lebens.

Und diese Wichtigkeit des Datums ist vielen nicht bewusst.

Deutschland einig antijüdisch

Die Novemberpogrome stehen in einer europäisch-christlich antijüdischen und antisemitischen Tradition. Sie sind ein Beispiel dafür, zu welchem gigantischen Ausmaß sich der Antisemitismus entwickelt und in der deutschen Gesellschaft manifestiert hatte. Nachdem sich der Antisemitismus vom christlichen Antijudaismus losgelöst hatte, entstand ein moderner Antisemitismus. Dieser zeigt eine bis dahin nicht gekannte Judenfeindschaft auf und hatte seinen Ursprung in Deutschland. „In Deutschland tritt der Antisemitismus der nationalistischen Bewegungen offen zutage; nicht erst die Nationalsozialisten rückten die Juden ins Zentrum ihrer Theorie und Praxis. Die radikalen Nationalisten verbreiteten eine Judenfeindschaft, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit Fichte, Arndt und anderen Intellektuellen beginnt, sich in den Studentenverbindungen niederschlägt und sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts epidemisch in allen Schichten der Gesellschaft ausbreitet. Der nationalsozialistische Antisemitismus markiert den konsequenten Höhepunkt der antisemitischen Bewegungen [...]“.[LEY] Ein Ziel dieses neuen, rassistisch und nationalistisch orientierten Antisemitismus' war es, die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung im 18. Jahrhundert schrittweise rückgängig zu machen und diese erneut aus der Gesellschaft aus zu grenzen. Doch dies stellt

nur einen der vielen Aspekte und Arten des Antisemitismus dar, da hier nicht der Platz für eine ausführliche Antisemitismusanalyse ist.³ Dennoch übernahmen viele dieser Ideen und Gedanken die NationalsozialistInnen und verschärften sie.

Direkt zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Menschen jüdischen Glaubens in ihren Rechten beschnitten und diskriminiert. Neben einem Aufruf zum „Judenboykott“⁴ wurden 1933 verschiedene Sanktionen erlassen, die Jüd_innen schrittweise aus der Gesellschaft ausgrenzten. Am 7.4.1933 zum Beispiel wurde das Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, welches verbeamtete Jüd_innen frühzeitig in den Ruhestand erließ. Viele Stellen wurden für als „arisch“ klassifizierte Menschen frei. Kurz darauf, am 22.4.1933 wurde jüdischen Kassenärzt_innen ein Behandlungsverbot ausgesprochen. Es folgten unzählige weitere Berufsverbote und weitere Diskriminierungen. Im September 1935 wurden die „Nürnberger Gesetze“ erlassen, welche den Jüd_innen ihrer politischen Rechte in Deutschland beraubte. Jetzt waren sie keine „Reichsbürger“ mehr. Auch wurden Eheschließungen in jüdischen und nicht-jüdischen Partnerschaften verboten. Ziel dieser eben genannten Verbote, welche hier nur einen kleinen Ausschnitt des wahren Ausmaßes abbilden, war es, die im deutschen Reich lebenden Jüd_innen ökonomisch und gesellschaftlich so sehr zu schwächen, dass sie „freiwillig“ Deutschland verließen. Die „Lösung der Judenfrage“ war von Anfang an auf die physische Entfernung der Jüd_innen aus Deutschland angelegt. Ein „judenfreies“ Deutschland sollte zunächst über Druck zur Auswanderung erreicht werden. Zwischen 1933 und Ende 1937 hatten so bereits 130.000

3 Literatur zu und über Antisemitismus finden sich in den Literaturtipps am Ende des Artikels.

4 Der „Judenboykott“ vom 1. April 1933 rief u.a. die deutschen Bürger_innen dazu auf jüdische Geschäfte und Einrichtungen zu boykottieren und keine jüdische Ware zu kaufen.

Jüd_innen Deutschland verlassen. Viele blieben dennoch, in der Hoffnung, dass wieder ein besserer Zustand einkehren würde oder hatten nicht die Möglichkeit das Land zu verlassen.

Europa einig national

Neben den unter Druck stattfindenden „freiwilligen“ Auswanderungen wurden einige Jüd_innen von den Nazis aber auch direkt abgeschoben. Auf der vom US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt initiierten Évian-Konferenz von 1930 sollte die Aufnahmebereitschaft von deutschen und österreichischen jüdischen Flüchtlingen unter 32 Staaten ausgehandelt werden. Denn es wurde immer deutlicher, dass viele Jüd_innen zu emigrieren begannen. Das Ergebnis dieser Konferenz ist erschreckend und traurig zugleich: Lediglich die Dominikanische Republik war bereit, ein größeres Kontingent von Flüchtigen aufzunehmen. Die meisten anderen (westeuropäischen) Staaten traten aus ihrer Verantwortung heraus und handelten dabei in einem nationalstaatlichen Egoismus, welcher für diese Zeit typisch war. Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, verdeutlichte diese Einstellungen : „*Den Juden gegenüber habe sich die Welt in zwei Gruppen geteilt – in solche Staaten, die ihre Juden loswerden wollen, und in solche, die sie nicht aufzunehmen bereit seien.*“.[DINER]Viele Staaten beobachteten die Ereignisse in Deutschland genau und so verhängte auch Polen im Oktober 1938 ein antijüdisches Gesetz, was einer Ausbürgerung der polnischen Jüd_innen gleichkam. Diese Sperre wurde vor allem aus Angst vor den bevorstehenden Abschiebungen deutscher Jüd_innen nach Polen errichtet, welche zumeist verarmt und illegalisiert im Deutschen Reich lebten. Um die Sperre zu umgehen, wurden Ende Oktober circa 17.000 polnische Jüd_innen verhaftet und nach Polen abgeschoben, bevor

das Gesetz offiziell in Kraft trat. Polen jedoch verweigerte die Einreise zu diesem Zeitpunkt schon und so mussten die Menschen im „Niemandland zwischen Deutschland und Polen ausharren“.[DINER]

Am 7. November kam es deswegen zu einem Attentat auf den zweitrangigen deutschen Botschaftsangehörigen Ernst von Rath in Paris. Es wurde von Herschel Grynszpan ausgeführt, dessen Eltern selbst zu den Abgeschobenen gehörten. Dieses Attentat wurde daraufhin zum propagandistischen Auslöser für die Novemberpogrome im Deutschen Reich und bereits in der Nacht zum 7./8. November kam es zu den ersten Überfällen auf jüdische Mitbürger_innen und ihrem Eigentum.[DINER]

I remember, remember the 9th of november...

Durch eine antijüdische Hetzrede von Joseph Goebbels am Abend des 9. Novembers auf einer NS Feierlichkeit in München informierte er die Genoss_innen über das Attentat und forderte zu judenfeindlichen Aktionen im ganzen Land auf. Sämtliche Einheiten der geheimen Staatspolizei (Gestapo), der Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) wurden mobilisiert und bekamen teils klare Anweisungen oder auch nur bloße Appelle. An den Aktionen beteiligten sich auch Mitglieder der Hitlerjugend (HJ) und der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP). Die Pogrome waren systematisch und staatlich geplant. Das Ergebnis dessen waren ähnlich ablaufende Situationen in allen Städten Deutschlands: circa 7000 jüdische Geschäfte wurden zerstört, Wohnungen verwüstet und ungefähr 1400 Synagogen in Brand gesetzt. Viele der Geschäfte wurden überfallen und geplündert. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden circa 400 Menschen ermordet. Noch einmal so viele Jüd_innen starben in den Folgetagen an Verletzungen oder durch Suizid. *(Siehe auch Artikel zu*

Suizid im NS). Circa 26.000 zumeist junge jüdische Männer wurden gefangen genommen und in Konzentrationslager wie Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Dort starben ebenso mehrere Hundert durch die brutale Behandlung der SS-Einheiten.[SYNAGOGUE MEMORIAL] Der Großteil der Inhaftierten kam erst frei, nachdem sie eine Auswanderungserklärung unterschrieben hatten. Heute wird das „Novemberpogrom“ meistens als „Reichskristallnacht“ angesehen, in der zu zuallererst Sachwerte und religiöse Häuser zerstört wurden. Das dabei



aber auch den jüdischen Menschen und Familien vermehrt körperliche und psychische Schäden zugefügt wurden, bis hin zum Tod ist den Wenigsten bewusst. Die Novemberpogrome stellten zum ersten Mal *aktiv* die körperliche Unversehrtheit der Jüd_innen in Frage. Der endgültige moralische Bruch war vollzogen.

Dies alles geschah im Wissen und unter der Beteiligung

der deutschen Bevölkerung. Sie bereicherten sich bei den Pogromen an der Plünderung von jüdischen Geschäften. Gegenreaktionen oder Hilfe gab es selten. In einigen Fällen wurden die antisemitischen Einsätze kritisiert, weil durch die Zerstörungen der jüdischen Geschäfte Stadtstrukturen und Waren geschändet wurden. Das kritische Bewusstsein galt hier nicht den Opfern sondern lediglich der deutschen Wirtschaft. So urteilte Michael Wildt in einem Aufsatz über Gewalt gegen Jüd_innen von 1933-1939, dass *„Antisemitismus [nicht]“ geschieht“ [...], sondern [...] von handelnden Menschen gedacht, getan, praktiziert [wird]. Schon vor dem Novemberpogrom war die Atmosphäre der deutschen Gesellschaft gewalttätig aufgeladen; Juden anzugreifen, ihre Synagogen und Häuser zu zerstören, Menschen zu schlagen, zu verletzen oder gar zu töten, war nicht mehr allein das Werk weniger.“* Noch bis zum 13. November kam es in einigen Gegenden im Deutschen Reich zu Ausschreitungen gegen Jüd_innen. Dabei waren die Pogrome im heutigen Österreich besonders brutal.

...und die Karten liegen offen auf dem Tisch

Die Pogrome stellen den Übergang von der umfassenden Diskriminierung von Jüd_innen zur systematischen Auslöschung jeglichen jüdischen Lebens in Deutschland dar. Das deutsche Reich sollte nun endlich „judenfrei“ werden. Nach der materiellen Zerstörung jüdischen Eigentums mussten sich vermehrt Gemeinden auflösen. Öffentliche Gottesdienste waren kaum noch möglich. Geregelter und gesetzliches religiöses Leben war seit dem 9. November außer Kraft gesetzt. Den Gemeinden fehlte das rituelle und religiöse Zubehör. Ihre geistige und religiöse Grundlage, die Synagogen, waren zerstört worden. Zunächst hielten die NationalsozialistInnen am Drängen der Jüd_innen zur Auswanderung fest. Um dies zu

beschleunigen, wurden immer mehr Häuser „arisiert“, Besitz enteignet und Verbote erlassen. Den jüdischen Menschen wurde eine „Sühneleistung“ von 1 Milliarde Reichsmark u.a. zur Wiederherstellung des Straßenbildes, und den Abriss der noch nicht vollkommen zerstörten Synagogen auferlegt. Dies ist besonders zynisch in Anbetracht dessen, dass die Opfer ihren eigenen Schaden wieder gut machen sollten. Diese „Sühneleistung“ vom 12.11.1938 bezweckte, Jüd_innen in eine ökonomische Notlage zu bringen.. Viele Menschen wurden so an den Rand Ihrer Existenz getrieben. Weitere Berufsverbote, die Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe, das Verbot von Theater- oder Kinobesuchen, der Ausschluss von jüdischen Kindern und Jugendlichen aus den Schulen, usw. waren die Folge. So ist es kaum verwunderlich, dass nach den Ausschreitungen im November eine erneute Auswanderungswelle einsetzte. 1938 flüchteten circa 35.000- 40.000 Menschen und 1939 nochmals 75.000 – 80.000. Doch wurde eine Flucht ohne Geld immer schwieriger, besonders weil viele Länder ihre Grenzen bereits geschlossen hatten.⁵

Mit dem Ausbruch des II. Weltkrieges wurden auch die Ideen zur Ghettoisierung und Konzentration der Jüd_innen neu aufgegriffen und realisiert. Ab 1940 wurden in den besetzten Ostgebieten Ghettos errichtet und die ersten Massenerschießungen durchgeführt. Denen, die nicht flüchten konnten oder nicht flüchten wollten, wurde 1941 die Ausreise verboten. Zur öffentlichen Diskriminierung mussten Jüd_innen ab dem 1. September 1941 den Davidstern tragen. Sie lebten zusammengepfercht in sogenannten „Judenhäusern“ oder in Konzentrationslagern und

⁵ Direkt nach den Novemberpogromen verhängten viele Länder Europas eine Lockerung ihrer Einreisebestimmungen, u.a. auch England. Die Pogrome in Deutschland wurden von den meisten Ländern heftig kritisiert und der internationale Boykott gegen deutsche Produkte und gegen einen Handel mit dem Deutschen Reich verstärkte sich. Nach Kriegsbeginn wurden die europäischen Grenzen aber wieder geschlossen.

mussten Zwangsarbeit leisten. Es wurden jetzt zunehmend Vorbereitungen für die Deportation der Jüd_innen geschaffen, um sie nach und nach in die Konzentrations- und Vernichtungslager in den besetzten Ostgebieten zu bringen. Anfang 1942 waren die ersten 3 Vernichtungslager – Chelmno, Belzec und Sobibór fertiggestellt. Weitere Vernichtungslager wie Treblinka, Auschwitz und Auschwitz-Birkenau folgten. Die Ermordung und Auslöschung aller europäischen Menschen jüdischen Selbstverständnisses war jetzt das erklärte Ziel der Nazis. Die Umsetzung der Massenmorde von Jüd_innen intensivierte sich mit einem zunehmend schlechteren Kriegsverlauf.

Wolfgang Benz brachte die Bedeutung der Novemberpogrome deutlich auf einen Punkt:

„[...] der Pogrom [...] markierte die Wende. Mit keinem andern Ereignis hat das NS-Regime so zynisch demonstriert, daß es auch auf den Schein rechtsstaatlicher Tradition nun keinen Wert mehr legte. Antisemitismus und Judenfeindschaft, wie sie als Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie schon immer propagiert worden waren, schlugen jetzt um in die primitiven Formen physischer Gewalt und Verfolgung. Die „Reichskristallnacht“ bildete den Scheitelpunkt des Wegs zur „Endlösung“, zum millionenfachen Mord an Juden aus ganz Europa.“ [BENZ]

Und diese Folgen spüren wir bis heute. Denn durch die Novemberpogrome wurden fast alle sichtbaren Zeichen jüdischen Lebens in Deutschland zerstört (Siehe auch Artikel zu Voids in dieser Broschüre). An Orten, an denen früher die Schriften der Torah diskutiert wurden, steht heute vielleicht ein deutsches Rathaus, ein Kindergarten, ein Familienhaus. Ja, vielleicht steht dort sogar *mein* oder *dein* Haus.

LiliA Roth
(Jungdemokrat_innen/ Junge Linke Brandenburg)

Tipps zum Weiterlesen:

BRODER, Henryk M. (Hg.) (1987): Der ewige Antisemitismus – Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Fischer, Frankfurt a. M.

DINER, Dan (2006): Vom „Anschluss“ zur „Kristallnacht“ - Das Krisenjahr 1938, In: Stiftung Jüdisches Museum Berlin (Hg.): Heimat und Exil, Emigration der deutschen Juden nach 1933, Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.

ESCHELBACHER, Max (Hg.) (2001): Der zehnte November 1938, Klartext-Verlag, Essen

HILBERG, Raul (Hg.) (1994): Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer Verlag, Frankfurt a. M.

LEY, Michael (Hg.) (2003): „Eine kleine Geschichte des Antisemitismus“; Wilhelm Fink Verlag, München

RABINOVICI, Doron; SZNAIDER, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt a. M.

SCHMID, Harald (Hg.) (2001): Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberprogramm von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Ergebnisse-Verlag, Hamburg



Ein letzter Akt der Selbstbestimmung.

Suizid im Zusammenhang mit der antisemitischen Vernichtungspolitik im Nationalsozialismus

Suizid im Allgemeinen

Suizid ist ein Phänomen, das es zu jeder Zeit gibt und das sich mutmaßlich in allen Gesellschaftsformen findet. Menschen nehmen sich aus vielen Gründen das Leben, dabei sind bei Weitem nicht alle Ursachen ergründbar. Folgt man jedoch der Argumentation Ursula Baumanns, so gibt es zu jeder Zeit gewisse gesellschaftliche Konstanten bezüglich der Beweggründe für einen Suizid. Dabei seien in vielen Fällen Krankheit, soziale Misere und persönliche Konflikte die Ursachen für einen durch eigene Hand herbei geführten Tod. Politische Umwälzungen hätten dabei kaum einen sichtbaren Einfluss auf die Suizidhäufigkeit in einer Gesellschaft. Die wenigsten Suizide im „Dritten Reich“ waren demzufolge durch die politischen Veränderungen motiviert.

Suizide antisemitisch Verfolgter

Eine besondere Ausnahme bilden allerdings Suizide antisemitisch Verfolgter. Im Gegensatz zum überwiegenden Teil der restlichen Bevölkerung Deutschlands brachte der Nationalsozialismus eine radikale Veränderung ihrer Lebensumstände mit sich. Das Leben dieser Personen wurde Schritt für Schritt von der antisemitischen Vernichtungspolitik der NationalsozialistInnen durchdrungen: Nach und nach regelten die politischen Maßnahmen im nationalsozialistischen Deutschland die räumliche Umgebung, das Berufsleben, das soziale Umfeld, die persönlichen Beziehungen und die Freizeitgestaltung antisemitisch Verfolgter. Jüd_innen und Menschen, die als solche

klassifiziert wurden, erfuhren Verrat in Freund_innenschaften, verloren ihre Arbeit, mussten ihre öffentliche oder politische Tätigkeit niederlegen und waren gezwungen, auf grundlegendste menschliche Bedürfnisse zu verzichten. Alles in den antisemitischen Maßnahmen im Nationalsozialismus zielte in letzter Konsequenz darauf, Jüd_innen das Leben in Europa unmöglich zu machen und sie zu ermorden. Ein Beispiel dafür ist das Schicksal der Familie Kurt Gormanns aus Potsdam, über welches die Potsdamer Neuesten Nachrichten am 27. Juni 2008 berichteten:

Etwas hat sich geändert im dritten Jahr der Regierung Hitler. Kurt Gormanns merkt es tagtäglich: „Freunde, mit denen ich jahrelang Fußball gespielt habe, kannten mich plötzlich nicht mehr“, erinnert er sich. Immer öfter wird er in der Schule beschimpft oder sogar verprügelt. Ein Gefühl dafür, wie ernst es den Schlägern noch werden sollte, hat Gormanns vielleicht schon damals, als Gymnasiast. „Nicht mit mir, nur weg“, sagt er sich. 1936 entschließt sich der 16-Jährige, Potsdam und damit seine Familie zu verlassen. Er geht ins israelische Haifa und tritt eine Kellnerlehre an. Eine Entscheidung, die ihm das Leben gerettet hat...

Für seine in Potsdam gebliebene Familie wird das Leben nach der so genannten „Reichskristallnacht“ im November 1938 „sehr schwierig“, schreibt Kurt Gormanns. Am Schaufenster des Ladens hängen plötzlich Plakate: „Kauft nicht bei Juden!“ Die Gormanns' können kaum noch einkaufen: Denn sie dürfen Geschäfte nur noch zwischen 14 und 16 Uhr nachmittags betreten. Dann gibt es aber keine frische Ware mehr. Der Sohn im Ausland ist Anlass für bürokratische Schikanen: Denn immer wieder müssen Anträge gestellt werden, damit die Eltern etwas Geld nach Haifa schicken können. Sie müssen den „Judenstern“ tragen und dürfen abends nicht

mehr auf die Straße.

Am 13. Januar 1942 wird die Familie ins fast 900 Kilometer entfernte Riga deportiert – genau eine Woche vor Beginn der Wannseekonferenz, auf der die NS-Oberen die Massenvernichtung der Juden detailliert durchplanen. Siegfried stirbt noch im Rigaer Getto, Paula wird mit ihrem Sohn ins Vernichtungslager nach Auschwitz geschafft. Dort muss der gerade 17-jährige Walter Eisenbahnwaggons von Exkrementen und Toten säubern, wie Kurt Gormanns berichtet. Am fünften November 1943 werden Paula und Walter Gormanns ermordet.

Trotz der massiven Schikanen, der Verfolgung und der bevorstehenden Vernichtung, welche die Familienmitglieder von Kurt Gormanns über sich ergehen lassen mussten, entschieden sie sich, weiter zu Leben – bis sie von den Nazis ermordet wurden. Ähnlich wie der Familie Gormanns ging es vielen jüdischen Deutschen. Bis zuletzt gaben Ihnen die Hoffnung auf bessere Zeiten, die Gedanken an ihre Lieben und der Glaube an das Leben Kraft, die Qualen der antisemitischen Vernichtungspolitik der Nazis auszuhalten. Aber es gab auch andere Umgangsweisen von Betroffenen mit der zermürenden Situation in Deutschland: In Anbetracht der ausweglosen Lebensrealität nahmen sich viele Jüd_innen und antisemitisch verfolgte Personen das Leben. Der Suizid bedeutete für diese Menschen die Beendigung des psychischen und physischen Terrors gegen sie seitens ihrer Mitmenschen. Dazu Konrad Kwiet: „Fest steht, daß die Selbstmorde deutscher Juden oder Deutscher jüdischer Herkunft im Dritten Reich ein Ausmaß annahm, das sie in den Rang eines Massenphänomens erhebt.“

Suizide zu Beginn des Nationalsozialismus

Zunächst wähten sich viele antisemitisch verfolgte Menschen in der Hoffnung, der Umfang der antisemitischen Politik der NationalsozialistInnen würde nicht ein bestimmtes Maß übersteigen. Aber mit jeder weiteren antisemitischen Maßnahme stieg der Impuls zum Suizid. Bereits mit dem Machtantritt der NSDAP 1933 gab es eine erste Suizidwelle von antisemitisch verfolgten Personen. Die öffentliche Hetze im Rahmen der „Judenboykotte“ sowie das „Gesetz zur



Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 hinterließen einen tiefen Schock bei vielen Betroffenen (*siehe auch Artikel zur historischen Einordnung der Novemberpogrome in dieser Broschüre*). Als Reaktion darauf nahmen sich in den Monaten April und Mai vermutlich 300

bis 400 antisemitisch verfolgte Menschen in Deutschland das Leben.

Laut Konrad Kwiet lässt sich im Zuge der „Nürnberger Rassegesetze“ keine Häufung von Suiziden antisemitisch Verfolgter feststellen. Vermutlich wurden die Gesetze als eine Bestätigung der bereits bestehenden Verhältnisse wahrgenommen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass durch die neue Gesetzgebung von 1935 Menschen in den Freitod getrieben wurden, die sich sonst nicht das Leben genommen hätten.



... der Anschluss Österreichs

Im März 1938 wurde Österreich an Deutschland „angeschlossen“. Mit dem Einmarsch der Deutschen begann auch eine Welle von Diffamierungen und Verhaftungen von Jüd_innen und als Jüd_innen klassifizierten Menschen in Österreich. Darauf reagierten die Mitglieder der großen

jüdischen Gemeinde in Wien mit tiefer Bestürzung. Es folgte eine Welle von Freitoden, die sogar in der ausländischen Presse Beachtung fanden. So schreibt die Londoner Wochenzeitung *Jewish Chronicle* am 25.3.1938 von 1700 selbst herbei geführten Toden. Diese Zahl scheint jedoch sehr hoch, laut österreichischer Suizidstatistik waren es im März 1938 lediglich 79 jüdische Menschen, die den Freitod herbei führten (gegenüber 213 Suiziden von nicht jüdischen Personen). Dennoch zeugt die Nachricht im *Jewish Chronicle* davon, dass die Suizide von antisemitisch Verfolgten Personen als regelrechte Suizidwelle in der öffentlichen Wahrnehmung präsent gewesen sein müssen. Ein weiteres Beispiel dafür, wie verbreitet das Wissen um die Suizide antisemitisch Verfolgter zur damaligen Zeit in Wien gewesen sein muss, ist die Äußerung eines englischen Beobachters von 1939: „*The way out for many in Vienna was not emigration but suicide.*“⁶

Suizide aufgrund der Novemberpogrome

Im November 1938 verschärft sich die Situation für Jüd_innen massiv in Deutschland. Gabi Moser und Guido Strohfeld haben in ihrem Text über das „*Projekt Stolpersteine in Fürstenwalde*“ Erkenntnisse über die Geschehnisse in diesem Ort zusammengetragen:

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand in der jüdischen Gemeinde der Wunsch nach einer Synagoge. Bis dahin hatte man sich in Wohnungen bzw. den Wohnhäusern der Gemeindemitglieder getroffen. 1879 stellte der Kaufmann Julius Meseritzer ein Gebäude in der Frankfurter Straße 94 zur Verfügung. Dieses Gebäude wurde zum Teil als Synagoge genutzt... Sicher ist, dass die Synagoge in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 angezündet wurde...

In derselben Straße wie die Synagoge befand sich auch der Jüdische Friedhof Fürstenwaldes. 1928 wurde hier in Anwesenheit des Bürgermeisters und Vertreter_innen verschiedener Konfessionen eine Feierhalle eröffnet. Es herrschte ein freundlicher Umgang vor, und es gab freundschaftliche Beziehungen zwischen evangelischen und katholischen Pfarrern und dem Rabbiner. In der Pogromnacht 1938 wurde der Friedhof verwüstet, Grabsteine wurden umgestoßen, die Friedhofshalle zerstört.

Ähnliche Szenen spielten sich im November überall in Deutschland ab (siehe auch Artikel zur historischen Einordnung der Novemberpogrome in dieser Broschüre). Jüdische Wohnhäuser, Läden, Friedhöfe und Synagogen wurden zerstört, jüdische Menschen wurden geschlagen, verhaftet, in Konzentrationslager deportiert und/oder ermordet. All die antisemitischen Maßnahmen verdeutlichten, dass es keinen Platz mehr für Jüd_innen in Deutschland gab. Dies führte zu einem weiteren sprunghaften Anstieg von Suiziden von jüdischen Menschen, und Personen, die als solche eingeordnet wurden. Die physische Gefahr für Leib und Leben war nun unverkennbar. Dies führte dazu, dass viele antisemitisch Verfolgte einen Ausweg in der Emigration suchten. Aber vor allem älteren Menschen war dieser Weg der Flucht zu beschwerlich. Sie suchten die Erlösung von der massiven Bedrohung im Freitod. Der Suizid wurde zu einer akzeptierten Möglichkeit, einen letzten Umgang mit den bedrohlichen Verhältnissen zu suchen. Konrad Kwiet zu Folge nahmen sich deutschlandweit zwischen 300 und 500 jüdische Menschen nach den Novemberpogromen von 1938 das Leben.

6 „Für viele in Wien war nicht die Emigration der Ausweg, sondern der Suizid.“ (Übersetzung durch jD/JL Brandenburg)

Wer nahm sich das Leben?

Allgemein lässt sich festhalten, dass Selbsttötungen von antisemitisch Verfolgten in enger Verbindung mit hohem Alter und Assimilationsgrad standen. Schon 1933 waren 16,3% der Jüd_innen in Deutschland älter als 60 Jahre. Die Verfolgungen und Vertreibungen im nationalsozialistischen Deutschland forcierte die Überalterung antisemitisch Verfolgter. Während die jungen Menschen ins Exil flüchteten, entschieden sich die älteren Menschen oftmals gegen eine Auswanderung. Durch die daraus folgende soziale Isolierung und aufgrund der fortschreitenden Deklassierung durch die antisemitischen Maßnahmen suchten viele ältere Personen den Tod. Dabei waren es besonders ältere Frauen, die den Freitod wählten. Viele von ihnen lebten verwitwet in Deutschland. Zudem brachten sich überwiegend so genannte assimilierte Jüd_innen um. Jüdisch-sein war nicht mehr Teil ihrer Identität. Im Rahmen der antisemitischen Maßnahmen wurden sie aber als jüdisch klassifiziert. Der Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft bekümmerte viele dieser Menschen zutiefst. Die Assimilation hing auch oft mit einer Affinität zum Bürgertum zusammen. Dies spiegelt sich in den Berufen der Suizidant_innen wider. So hatten viele von ihnen als Ärzt_innen, Jurist_innen, Professor_innen oder Künstler_innen gearbeitet. Streng gläubige Jüd_innen suchten nur selten den Freitod.



Sie fanden Halt und Hoffnung im Glauben. Es sind einige Fälle überliefert, in denen sich gläubige Jüd_innen das Leben nahmen, weil sie gezwungen waren, ihre Familie oder die Mitglieder ihrer Religionsgemeinschaft den NationalsozialistInnen auszuliefern. Auch wenn diese Menschen befürchten mussten, nicht standesgemäß beerdigt zu werden oder wenn sie genötigt wurden, die Ermordung ihrer Nächsten mit anzusehen, suchten sie den Freitod. Das wohl berühmteste Beispiel dafür ist der Suizid von Adam



Cziernákow. Dieser wurde von der Gestapo dazu gedrängt, den Vorsitz des Warschauer Judenrates zu übernehmen. Als die Gestapo von ihm verlangte, eine Anweisung über die Deportation von Waisenkindern zu unterschreiben, beging er Suizid.

Lieber sterben als sich den Deportationen ausgeliefert zu sehen

1940 wurden in Deutschland die ersten Deportationen von Jüd_innen und als solche klassifizierten Personen durchgeführt. Dies zog auch den Höhepunkt der Suizidrate nach sich. Ab Oktober 1940 begannen die Deutschen mit den Deportationen in Baden und in der Rheinpfalz. Ein Jahr später, am 18.10.1941, verließen die ersten Deportationszüge mit 1013 Männern, Frauen und Kindern Berlin in Richtung Lodz. 179 Deportationen aus Berlin sollten folgen. Insgesamt wurden 35.783 Menschen aus Berlin in die Vernichtungslager im Osten verschleppt. 14.797 ältere Jüd_innen und als solche klassifizierte Personen deportierten die Deutschen von Berlin nach Terezín. Konrad Kwiet hält in seinen Ausführungen fest, dass auf jede Deportationswelle in Berlin eine Welle von Suiziden folgte.

Ein Beispiel für die vielen Suizide zur damaligen Zeit ist der Fall, den Gabi Moser und Guido Strohfeld durch ihre Recherchen in Fürstenwalde belegt haben: Am 18.10.1941 beging Gertrud Krebs Suizid. Dadurch entzog sie sich der drohenden Deportation. Sie wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beerdigt.

Zu den Geschehnissen anlässlich der Deportationen äußerte sich auch Hildegard Henschel, die Frau des letzten Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin:

„Natürlich waren in den Tagen vorher schon Gerüchte über die bevorstehende Evakuierung nach dem Muster von Stettin, Schneidemühl und Baden umhergeschwirrt, aber man glaubte nicht an eine kurzfristige Verwirklichung. Um so überraschter war man, man widersetzte sich nicht, aber in vielen Fällen machte man durch das Einnehmen von Veronal allen Zweifeln ein Ende.“

Anscheinend gab es eine regelrechte „Suizidkultur“ zur Zeit der Deportationen in Berlin. Immer auf der Hut vor der baldigen Deportation waren die Menschen auf ihren selbstbestimmten Tod vorbereitet. Viele Suizide geschahen aber auch aus blanker Panik. Ein weiterer Schub von Suiziden folgte nach der großen „Razzia“ der Gestapo am 27. Februar 1943. In einem Erlebnisbericht heißt es:

„Man war wie gelähmt, man tat erst gar nichts, bis die ersten Selbstmörder eingeliefert wurden. Es gab Fensterstürze, man warf sich vor die Autos, man nahm Veronal, auch Zyankali, die besonders vorsichtige Menschen nie von sich ließen, es war grauenhaft.“

Diese Aussage verdeutlicht, wie bewusst den antisemitisch Verfolgten gewesen sein muss, dass die Transporte in Richtung Osten den direkten Weg in den Tod bedeuteten. Um sich dem Zugriff der Gestapo zu entziehen und einen würdevollen Tod zu sterben, wählten viele Menschen den Suizid als letzten selbstbestimmten Weg aus dem Leben. Auch im Exil begingen antisemitisch Verfolgte Suizid. Die allermeisten Menschen, welche im Exil lebten, verloren Verwandte und Freund_innen durch die Shoah. Es war ihnen eine Qual mit anzusehen, wie die Deutschen unzählige Jüd_innen und alle, die sie dafür hielten, ermordeten, ohne dass von weltpolitischer Seite aus etwas dagegen getan wurde.

Die NationalsozialistInnen als Herrschende über Leben und Tod

Mit dem Beginn der Deportationen änderten die Nazis ihre offizielle Einstellung in Bezug auf die Suizide von antisemitisch Verfolgten. Zuvor hatten die NationalsozialistInnen diese Freitode unterstützt – frei nach dem Motto „Dann nehmen sie uns halt die Arbeit ab.“ Ab 1941 wurden die selbst herbeigeführten Tode von jüdischen Deutschen unter harte Strafen

gestellt. Die Nazis wollten die Vernichtung der europäischen Jüd_innen lieber ganz durch ihre eigene Hand vollziehen. Nach einem missglückten Suizid wurden die verzweifelten Personen von der Gestapo misshandelt und gefoltert. Konrad Kwiet und Christian Goeschel haben recherchiert, dass die Gestapo jene Personen, denen ein Suizid missglückt war, mit dem nächstmöglichen Transport, der Berlin verließ, deportieren ließen. Wenn eine zur Deportation bestimmte Person sich das Leben genommen hatte, ging die örtliche Gestapo in Würzburg sogar so weit, dass sie die Deportationsliste einfach mit einer weiteren Person ‚auffüllte‘. Besonders brutal waren die Strafen bei missglückten Suiziden in den Konzentrationslagern. Als HerrscherInnen über Leben und Tod duldeten die SS-Angehörigen keinerlei selbst bestimmte Handlungen seitens der Häftlinge.

Suizide in den Konzentrationslagern

Folgt man Konrad Kwiet, so ist insgesamt wenig bekannt über das zahlenmäßige Ausmaß von Suiziden in den Konzentrationslagern, denn die Angaben der SS zu den Todesursachen sind unzureichend und oft gefälscht. Ebenso ist es unmöglich, den Anteil der jüdischen und nicht jüdischen, der ausländischen und deutschen Häftlinge zu bestimmen. Allerdings gibt es viele Erzählungen, in denen es heißt, dass in den Konzentrationslagern nur noch wenige Menschen Suizide begingen.

Wenn sich jemand für den Tod durch eigene Hand entschied, so geschah dies in der Regel gleich nach der Ankunft in den Konzentrationslagern. Berichte über Suizide nach einem längeren Inhaftierungszeitraum sind selten. Bei Thomas Bronisch kann man lesen, dass mit fortschreitendem Aufenthalt in den Lagern viele Häftlinge einen unbedingten Lebenswillen angesichts des allgegenwärtigen Todes entwickelten. Zudem strukturierte der strikt geregelte und

streng überwachte Tagesablauf in den Lagern das Leben der Insassen so sehr, dass an einen Suizid kaum zu denken war. Dadurch, dass die NationalsozialistInnen die Persönlichkeit und den Willen der Häftlinge in den Konzentrationslagern brachen, erwogen die wenigsten der Gefangenen einen selbst bestimmten Weg in den Tod. Zudem war der Tod in den Konzentrationslagern überaus präsent und gehörte zum Alltag. Dies führte dazu, dass viele Menschen die Furcht vor dem Sterben verloren und sich entschieden, trotz der sie umgebenden Grausamkeiten weiter zu leben. Viele KZ-Häftlinge ängstigten sich auch vor den bereits erwähnten Erniedrigungen und Torturen als Strafe für einen missglückten Suizid und entschieden sich deshalb für ein Weiterleben. Außerdem war ein selbst bestimmter Tod in Würde in den Konzentrationslagern kaum möglich, da die Insassen, ihrer Privatsphäre beraubt, nur sehr selten einen Rückzugsraum hatten und auch kaum an Gegenstände oder Mittel gelangten, mit denen sie sich das Leben nehmen konnten.

Suizide nach 1945

Doch nicht nur während der NS-Zeit begingen Menschen in Folge der antisemitischen Vernichtungspolitik der NationalsozialistInnen Suizid. Auch nach Kriegsende und nach der Befreiung der Konzentrationslager durch die Alliierten und der Roten Armee setzten sich die Schrecken fort, welche antisemitisch Verfolgte während der Zeit des Nationalsozialismus zugefügt wurden. Durch die traumatischen Erfahrungen von gesellschaftlichem Ausschluss, Verfolgung, Terror und Konzentrationslager war vielen Menschen auch nach 1945 kein lebenswertes Dasein mehr möglich. Zudem verbrachten viele Überlebende ihre Tage, Wochen und Jahre in Einsamkeit und Schmerz, da fast alle ihre Angehörigen und Freund_innen im Rahmen der antisemitischen Vernichtungspolitik der NationalsozialistInnen

ermordet worden waren. Die durch die antisemitische Verfolgung erfahrenen Lasten wogen so schwer, dass viele Menschen Jahre oder gar Jahrzehnte nach Kriegsende den Tod durch eigene Hand herbeiführten. Unter ihnen waren auch viele bekannte Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Primo Levi oder Jean Améry.

Suizid als letzter Akt der Selbstbestimmung

Die Ausführungen der vergangenen Seiten machen deutlich, dass Suizide von antisemitisch Verfolgten keine Seltenheit im nationalsozialistischen Deutschland waren. Dabei darf der Tod durch eigene Hand nicht als Handlung betrachtet werden, die durch psychische Krankheiten verursacht wurde. In vielen Fällen entschieden sich die Suizidant_innen bewusst für einen selbst gewählten Tod, welchen sie gut vorbereiteten und bei vollem Bewusstsein durchführten. Auf diese Weise wurde der Suizid antisemitisch Verfolgter zu einem probaten Mittel, sich den antisemitischen Vernichtungsansprüchen der NationalsozialistInnen zu entziehen. Es wäre sogar möglich, die Suizide von jüdischen Menschen und solchen Personen, die als jüdisch klassifiziert wurden, als Widerstandshandlung gegen die antisemitische Vernichtungspolitik der NationalsozialistInnen zu deuten. Denn spätestens ab dem Beginn der Deportationen von Jüd_innen in die Vernichtungslager störten die Suizidant_innen den reibungslosen Ablauf der Massenmorde durch ihren selbst bestimmten Tod.

Dabei ist es jedoch wichtig zu betonen, dass die allermeisten antisemitisch verfolgten Suizidant_innen ihren Tod nicht frei wählten. Vielmehr war ihr Leben bis auf das Äußerste von den antisemitischen Maßnahmen der NationalsozialistInnen durchdrungen. Zudem machten die NationalsozialistInnen mit dem Fortschreiten ihrer antisemitischen Maßnahmen immer mehr deutlich, welches Ziel sie verfolgten: Die bedingungslose

Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Den Tod vor Augen entschieden sich viele Jüd_innen und Menschen, welche als solche klassifiziert wurden, für den Suizid, um in Würde aus dem Leben zu scheiden.

Dies verdeutlicht, wie präsent die antisemitischen Vernichtungsmaßnahmen im nationalsozialistischen Deutschland gewesen sein müssen. Dabei stehen die Suizide antisemitisch Verfolgter im Kontrast zu der Wahrnehmung vieler Deutscher, welche die Shoah als eifrige HelferInnen und NutznießerInnen vorantrieben. Bis heute sind viele von ihnen überzeugt, nichts von den antisemitischen Massenmorden gewusst zu haben.

*Lina Peters
(Jungdemokrat_innen/ Junge Linke Brandenburg)*

Tipps zum Weiterlesen:

BAUMANN, Ursula (1999): Suizid im „Dritten Reich“ – Facetten eines Themas. In: GÜTTNER, Michael (Hg.): Geschichte und Emanzipation.. Campus Verlag, Frankfurt a.M..

GOESCHEL, Christian (2007): Suicides of German Jews in the “Third Reich”. In: German History, Band 25.

KWIET, Konrad (1984): Selbstbehauptung und Widerstand: Dt. Juden im Kampf um Existenz u. Menschenwürde 1933-1945. In: Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Band 19, Hans Christian Verlag, Hamburg.



Voids in Brandenburg

Folgen des deutschen Antisemitismus

Bertha Simonsohn lebte in Potsdam, wurde ins Ghetto Theresienstadt deportiert und dort 1943 von den Nazis aufgrund ihrer jüdischen Herkunft umgebracht. Ihr Enkel Melvin Simonson war im Juli 2008 zur Verlegung eines ihr gewidmeten Stolpersteins⁷ eigens aus London angereist, wo er heutzutage lebt.⁸

Die Potsdamer Familie Gormann wurde im Nationalsozialismus zunächst nach Riga deportiert, wo Siegfried Gormann umgebracht wurde. Paula und Walter Gormann wurden weiter nach Auschwitz deportiert und von den Nazis ermordet. Einziger Überlebender der Familie ist Kurt Gormann, der 1936 nach Haifa, damals Palästina, geflüchtet war. Er lebt heute in Israel.⁹

„Ich wusste, ich werde meine Eltern nie wiedersehen“, sagte Hilde Gottfeld (geborene Peters), die einzige Überlebende der Familie Peters aus Schöneiche, die mit ihren 83 Jahren anlässlich der Verlegung des Stolpersteins an ihren Geburtsort kam. *„Ich bin im Dezember 1939 mit dem letzten Kindertransport aus Berlin nach Palästina ausgewandert“*, was ihr das Leben rettete. Dort lernte sie ihren deutsch-jüdischen Mann Fritz Gottfeld kennen, mit dem sie 1956 nach Kalifornien übersiedelte. Zurück nach Deutschland zu gehen schien für das Ehepaar nicht in Frage zu kommen. Die beiden kamen im Juli 2008 aus den USA nicht alleine nach

7 Der Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt bundesweit sogenannte „Stolpersteine“, die an die Vertreibung und Vernichtung von Jüd_innen, Sinti, Roma, Sozialdemokrat_innen, Sozialist_innen, Kommunist_innen, Anarchist_innen, Zeug_innen Jehovas und der T4-Opfer (Menschen, deren Leben aufgrund von „Behinderungen“ als „unwert“ klassifiziert wurde) im Nationalsozialismus erinnern. Mehr Infos: www.stolpersteine.com.

8 Gellner, Torsten (2008): Zum Abschluss des „Stolperstein“-Projekts zogen die Schüler Bilanz. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 5. Juli 2008.

9 Gellner 2008. Und: Klein, Volkmar (2008): Erste Namen jüdischer Nazi-Opfer dem Vergessen entrissen. In: Märkische Allgemeine, 4. Juli 2008.

Schöneiche, begleitet wurden sie von ihren elf Kindern und Enkeln. „*Ich habe meine Großeltern nie kennengelernt*“, bedauerte ihre Tochter Edna Hyatt.¹⁰

„*Selma Neumann*“ steht auf dem Grabstein auf dem jüdischen Friedhof am Pflingstberg in Potsdam. Das Grab jedoch ist leer. Selma Neumann wurde 81-jährig nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 27. September 1942 ermordet wurde.¹¹

Am 20. April 1945 gelang 27 jüdischen Mädchen und Frauen die Flucht aus einem Transport mit insgesamt 750 Gefangenen, die in ein Vernichtungslager gebracht werden sollten. Die Flucht misslang, fast alle wurden ermordet. Begraben wurden sie auf einem russischen Friedhof in Beelitz in einem Grab, das ein Sowjetstern ziert und einer Inschrift, die besagt, es seien Komsomolzen gewesen, Mitglieder des früheren sowjetischen Jugendverbandes. Kein Hinweis auf ihre jüdische Herkunft, sie wurde unsichtbar gemacht und nicht benannt.¹²

Bleibende Lücken

Die Beispiele ließen sich noch lange fortführen. Wer nach „Brandenburg“ in der Datenbank von Yad Vashem¹³ sucht, bekommt mitgeteilt, dass es weit über 1.000 Testimonies gibt, aber „nur“ die ersten 1.000 angezeigt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in Yad Vashem gegenwärtig lediglich ungefähr drei Millionen Namen ermordeter Jüd_innen bekannt sind. Die fehlenden Namen werden

10 ib (2008): Mit 14 Jahren Abschied für immer von den Eltern. In: Märkische Oderzeitung, 4. Juli 2008.

11 Der Tagesspiegel (2008): Geheimnisvoll. 28. Juni 2008. Und: Klein 2008.

12 Helwig, Heinz (2008): Im Sammelband „Jüdisches Beelitz“ zeichnen zwei Autoren in ihren Kapiteln Spuren der Synagogengemeinde nach. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 10. Juni 2008.

13 Yad Vashem ist die nationale Shoah-Gedenkstätte in Israel. U.a. werden dort sog. „Testimonies“ (Zeugnisse) archiviert und zugänglich gemacht, die von Überlebenden, Freund_innen, Bekannten und Verwandten von im Nationalsozialismus ermordeten Jüd_innen ausgefüllt werden.

Voids

„Void“ ist ein Begriff, den der Architekt Daniel Libeskind geprägt hat. Das von ihm entworfene Jüdische Museum in Berlin enthält mehrere dieser „Voids“. Wörtlich übersetzt heißt Void „Leere“ oder „Leerraum“. In dem Begriff der „Voids“ steckt für Libeskind untrennbar verknüpft das Begriffs-Tandem „Trauma“ und „Leere“. „Leere“ jedoch nicht einfach als etwas, das nicht da ist, sondern im Sinne einer *„anwesenden Abwesenheit“*, etwas, das *„existiert und doch nicht offensichtlich ist“*.

„Trauma“ beschreibt eine psychische Struktur, „Leere“ den physischen Raum. Beide verweisen aufeinander: Das Trauma wurde ausgelöst durch die Entleerung des Raums, seine generationenübergreifenden Folgewirkungen strukturieren wiederum den Raum. Weder damals noch heute ist die *„unwiderrufliche Zerstörung und Vernichtung [...] wegzudenken“*, das Trauma strukturiert die Gegenwart:

„Nicht gemeint ist hier das Trauma einer einmaligen Katastrophe, das überwunden werden kann, sondern das, was ich ein strukturelles Trauma nenne. Ein solches Trauma kennzeichnet nicht nur die besonderen Schwierigkeiten zwischen Juden und Nicht-Juden; nicht nur die Abwesenheit einer Gemeinschaft bei aller möglichen geistigen Anwesenheit; sondern dieses Trauma kennzeichnet ‚die Abwesenheit‘ als Resultat dessen, was geschehen ist. Dieses Trauma wirkt strukturierend auf ganze Städte, die Topographie von Ländern, die Topographie Europas, und die der ganzen Welt“.

Was also ist ein Void? Ein Void ist Libeskind zufolge ein *„Ort des Nicht-Seins“*, eine Leerstelle in der Architektur des Raums, der die Verluste der Vernichtung symbolisieren soll. Als *„unversöhnliche Lücke“* steht er für die *„nicht [...] sichtbare Matrix“*.

sich nie ganz rekonstruieren lassen und die Zahl der knapp sechs Millionen ermordeten Jüd_innen wird immer nur eine Schätzung bleiben.

Beispiele von Lebensgeschichten wie die oben angeführten gibt es demnach zwar viele, zugleich sind die Informationen jedoch begrenzt. Die Opfer wurden vernichtet und damit diejenigen, die Zeugnis ablegen könnten über das Geschehene.

Dazu kommt, dass von den Überlebenden viele spätestens seit der Zerschlagung des Nationalsozialismus jegliche Verbindung zu Deutschland abgebrochen haben. Und mit der Zeit wird diese abgebrochene Verbindung immer schwächer, so dass eine Spurensuche sechzig Jahre danach zwangsläufig ein fast vergebliches Projekt ist. Diese Erfahrung mussten neben vielen anderen vier Potsdamer Schülerinnen machen, die ebenfalls anlässlich eines Stolpersteinprojekts über das Leben der bereits oben erwähnten Selma Neumann recherchierten. Fündig wurden sie nur in Akten des Brandenburger Landeshauptarchivs – die bisher einzigen Unterlagen zu ihrer Person. Versuche, Nachkommen aufzufinden, scheiterten. Und die Initiativgruppe „Stolpersteine“ in Fürstenwalde beschreibt, wie sie zwar innerhalb von nur drei Jahren die bis dato bekannten dreißig Namen jüdischer Fürstenwalder_innen auf 170 erweiterte, in ihrer Bilanz wird jedoch nur eine einzige Person, Frieda Engel, angeführt, bei der es heißt, dass ihr *„Schicksal und Leben nahezu lückenlos aufgeklärt werden konnte“*. Und dies wiederum war nur möglich, weil Frieda Engel überlebte und Zeit ihres Lebens in der Region lebte. Sie starb 1977 in Bad Saarow und ist auf dem Friedhof in Fürstenwalde beerdigt.¹⁴

Sechzig Jahre danach beinhaltet auch, dass viele Shoah-Überlebende größtenteils zum heutigen Tage nicht mehr am Leben sind. Und die kleine Zahl derjenigen, die heute noch lebt, kann sich an die Erlebnisse in ihrer Jugendzeit

oft nur vage erinnern und ist in aller Regel krank. Und die Erinnerungen, kommen sie zur Sprache, verbessern ihren Zustand nicht unbedingt – sie tun weh. Es wird ungern über „dieses Thema“ geredet.

Und die Rekonstruktion jüdischen Lebens von der „anderen Seite“ her? Die TäterInnen – vom Einsatzgruppennazi bis hin zur gewöhnlichen Deutschen – haben schon während des Nationalsozialismus Spuren der Vernichtung ihrer Opfer zerstört. Vom Rückbau der KZ-Gelände über Aktenverbrennung bis hin zur Tötung von Mitwisser_innen – alles, was Rückschlüsse über die Naziverbrechen hätte ermöglichen können, wurde mit jeder Niederlage auf Seiten des „Deutschen Reiches“ gegen Kriegsende zu beseitigen versucht. Diese Tat macht die Nazis sozusagen zu den ersten AuschwitzleugnerInnen der Geschichte.

Nach dem Nationalsozialismus ging diese Form der Spurenvernichtung weiter, entweder durch alte Nazis, deren Kinder oder Sympathisant_innen. Zu diesem Akt der Zerstörung gesellt sich oft das hartnäckige Schweigen von TäterInnen in der Öffentlichkeit wie auch im familiären Rahmen. So berichtete die MOZ (Märkische Oderzeitung) in einem Artikel vom August 2008, dass zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht eine Ausstellung zu jüdischem Leben im Altkreis Beeskow-Storkow von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eröffnet werden soll. Die ansässige Bevölkerung wird in dem Artikel dazu aufgerufen, Zeugnisse und Erlebnisberichte über die Präsenz jüdischen Lebens in der Region beizusteuern.¹⁵ Einen Monat später findet sich ein erneuter Bericht über die

14 Moser, Gabi / Strohfeldt, Guido (2008): Projekt „Stolpersteine“ in Fürstenwalde: Viel Neues über Juden aus Fürstenwalde konnte erforscht und öffentlich bekannt gemacht werden. In: Helas, Horst / Rubisch, Dagmar / Zilkenat, Reiner (Hrsg.): Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 46. Karl Dietz Verlag, Berlin, S. 136-144.

15 Märkische Oderzeitung (2008): Geschichte jüdischer Familien. 18. August 2008.

Ausstellung in der MOZ, in dem es heißt, dass kaum jemand der Bitte, Zeugnisse oder Informationen zur Verfügung zu stellen, gefolgt sei. Diesem ernüchternden Ergebnis folgt ein erneuter Aufruf, dies doch bitte zu tun.¹⁶ Deutlich wird hieran zweierlei: Einerseits markiert die Ausstellung durch die anvisierte Zeitspanne das vorläufige Ende jüdischen Lebens in Brandenburg, das im Nationalsozialismus vertrieben und ausgelöscht wurde. Dort, wo vor 1933 einmal jüdisches Leben war, war 1945 keins mehr. Andererseits wird offensichtlich, dass auf die TäterInnen und ihre Nachkommen wenig Verlass bei der Rekonstruktion jüdischen Lebens in Deutschland ist.

Viele Lebenswege der Ermordeten lassen sich nicht mehr rekonstruieren. Als Leerstelle und Abwesende(s) verweisen sie auf die irreparable deutsche Zerstörungsgeschichte. Die nicht geschriebene Geschichte schreibt das Abwesende fort, die Voids bleiben bestehen und lassen sich noch nicht einmal annähernd erfassen.

Dies führt ungewollt auch zu einer Schiefelage meiner eingangs angeführten Beispiele. Die Ermordeten finden keine angemessene Repräsentation. Je gründlicher und umfassender die Vernichtung durch die Nazis und das anschließende Schweigen war, umso weniger ist bekannt, da niemand etwas überliefert hat. Von den Ermordeten müsste noch viel mehr die Rede sein, um das Projekt der Nazis, die totale Vernichtung, ungültig zu machen. Da dies nicht geht, ist dieser Text wie auch die gesamte Broschüre grafisch-visuell von Voids durchzogen.

Abwesenheiten

„Die Wirklichkeit der Welt nach 1945 wird sehr wesentlich durch die Vernichtung von Menschen geprägt, die sich ansonsten in ein Kontinuum der europäischen und der Weltkultur gereiht hätten.“

(Daniel LIEBESKIND 1999)¹⁷

Sich den Gedanken der Voids zu Eigen machen heißt, die Frage nach dem Abwesenden zu stellen. Zu fragen: „Wer fehlt?“, und auch: „Was fehlt?“. Die Abwesenheit verweist auf die Anwesenheit, die Anwesenheit auf die Abwesenheit. Das Wechselverhältnis beider Begriffe wird mit der Frage „Wer fehlt?“ auf den Punkt gebracht. Die Frage „Wer fehlt?“ und der Versuch ihrer Beantwortung bildet die momentane Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft nicht bloß ab und beschreibt diese lediglich, sondern sie hat das Potential, nach Ursachen, gesellschaftlichen Positionierungen, Ausschlüssen und Herrschaft zu fragen. Es ist eine Frage, die das scheinbar „Normale“ entnormalisieren, es in einen Zusammenhang setzen und so dem Staus Quo eine Geschichte geben kann. Eine Geschichte, die die gegenwärtige Verfasstheit von Bevölkerungsgruppen an bestimmten Orten überhaupt erst verständlich werden lässt und sie als Nicht-schon-immer-Dagewesene vergegenwärtigt. Mit „Fehlen“ ist hier kein Fehlen im Sinne eines Wegziehens von ehemaligen Einwohner_innen nach Lust und Laune gemeint, sondern ein Fehlen von Repräsentant_innen gesellschaftlicher Gruppen, die dort aufgrund von Herrschaftsverhältnissen nicht leben oder nicht mehr leben. Die Frage nach dem Fehlen *kann* jedoch nicht umfassend beantwortet werden. Etwas sichtbar machen wollen, was nicht mehr da ist, ist in sich widersprüchlich, es trägt ein Moment der Vergeblichkeit und des Scheiterns bereits in sich. Es ist eine Welt, die verschwand. Nicht irgendeine, sondern die jüdische Welt in Europa, insbesondere in Deutschland. Die anhaltende Leere des Verschwundenen, des Vernichteten ist

16 Buder, Ruth (2008): Jüdisches Leben in Beeskow. In: Märkische Oderzeitung, 9. September 2008.

17 Libeskind, Daniel (1999): trauma / void. In: Bronfen, Elisabeth / Erdle, Birgit R. / Weigel, Sigrid (Hrsg.): Trauma – zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster. Literatur – Kultur – Geschlecht, Kleine Reihe, Band 14. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien, S. 3-26.

hartnäckig. Wer sich mit dem Abwesenden beschäftigt, dem_ der springt sie ins Gesicht – in Deutschland organisiert sich quasi alles um sie herum. Kaum ein gesellschaftlich relevanter Diskurs ohne Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, keine deutsche Stadt, keine Straße, kein Platz, kaum ein Gebäude, die nicht Bände mit dem füllen, was einmal war und nicht mehr ist. Sie sind stumme Zeug_innen der Jüd_innenverfolgung. Die Folgen der Shoah machen ganz Deutschland zu einem einzigen gigantischen Stolperstein.

Für die allermeisten Überlebenden des antisemitischen Vernichtungsprojekts war ein Leben im Land der TäterInnen nach 1945 angesichts der Monstrosität der nationalsozialistischen Verbrechen schlicht unvorstellbar. Es war klar, dass der erzwungene Exodus jüdischer Deutscher in über neunzig Länder kein „Exil“ sein würde, von dem aus es irgendwann einmal wieder zurück in Richtung „Heimat“ geht – Die allermeisten würden niemals wieder zurück nach Deutschland kommen. Prominent brachte dies Marlene Dietrich mit ihrem „*Deutschland? Nie wieder!*“ auf den Punkt als Antwort auf die Frage eines Reporters, ob sie sich vorstellen könne, aus dem US-amerikanischen Exil in den postnazistischen Staat zurückzukehren.

Und etliche derjenigen, die zurückkamen, mussten ein zweites Mal fliehen. Ende 1952 ging ein antisemitisches Maßnahmenbündel von der Sowjetunion gegen „*trotzkistische, titoistische und zionistische Elemente*“ aus, das sich auch gegen die in der DDR lebenden Jüd_innen richtete. Zahlreiche prominente Jüd_innen wurden überwacht, Hilfeempfänger_innen des Joint¹⁸ wurden verhört, von ihren Arbeitsstellen entlassen und verhaftet, Büros von jüdischen Einrichtungen wurden durchsucht. Die spätstalinistische Säuberungswelle verursachte einen jüdischen Massenexodus mit dem Ergebnis, dass von den ursprünglich etwa 5.000 in



der DDR lebenden Jüd_innen nur noch 1.500 zurückblieben.

Die Spur der Verbrechen zieht sich bis in die Gegenwart und zeigt die Langlebigkeit und die Folgen des deutschen Antisemitismus auf. Diese werden besonders deutlich, wenn ein Blick auf die Länder geworfen wird, in denen die Überlebenden und ihre Familien, ihre Kinder und Enkel leben: Deutschland ist es fast nie. Der Wunsch, nicht unter den MörderInnen der eigenen Verwandten zu leben, und die spezifisch deutsche „Vergangenheitsbewältigung“ (vgl. hierzu die Artikel von Stephan Weigand und der Gruppe Nevergoinghome in der vorliegenden Broschüre) verdeutlichen die Beständigkeit der Abwesenheit. Die eingangs benannten Personen – Melvin Simonson aus England, Kurt Gormann aus Israel, Hilde Gottfeld aus den USA wie auch all ihre Kinder und Enkel – stehen exemplarisch für die große Mehrheit der antisemitisch Verfolgten, die einem Leben im Land der TäterInnen eine Absage erteilt hatte und dies bis heute tut. Ihre Leben gingen und gehen in anderen Ländern weiter.

Raumordnungen

„This absence is at once troubling and intriguing. It is troubling because it is hard to identify what constitutes a void. It is intriguing because a whispering comes still from those shadows that went away.“

(Roger COHEN 2005)¹⁹

Ermordung, Vertreibung, Ausbürgerung, Unsichtbarmachung – die Lücken sind überall. Je weniger sie offensichtlich sind, desto mehr sind sie vorhanden. Denn, wie Libeskind festhält, die „*Spuren des Todes*“ verschwinden zwar mit der Zeit, „*aber dieses Verschwinden bildet eine noch größere Leere*“. Insbesondere aber in Deutschland, dem Haus des Henkers und dem Land der Täter_innen. Die Leerstellen verweisen

auf den erzwungenen Exodus, auf die Abwesenheit von konkreten Personen, von Jüd_innen, sie verweisen auf eine irreparable Zerstörungsgeschichte, auf die Shoah, sie markieren eine Leere, die in ihren traumatisierenden Folgen „strukturierend auf ganze Städte, die Topographie von Ländern, die Topographie Europas, und die der ganzen Welt“ wirkt, wie Daniel Libeskind ausführt.

Voids existieren nicht im luftleeren Raum, sie stellen eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart her. Sie schreiben eine Geschichte der Auslöschung, die Folgen hatte und bis heute in ihren Folgen präsent ist. Das „Nachbeben der Ereignisse“, wie Libeskind es formuliert, tritt zum Vorschein, wenn die Frage „Wer fehlt?“ in ihrer erweiterten Fassung gestellt wird: „Wer lebt wo warum, und wer lebt wo warum nicht?“ Welche zunächst unsichtbaren Verbindungen stellt diese Gegend zu ganz anderen Gegenden auf der Welt her? Die Geschichte der antisemitisch Verfolgten in Brandenburg ist lediglich ein Ausschnitt, weist aber darüber hinaus und stellt sich in einen größeren Zusammenhang: Der Ort der Betrachtung ist Deutschland und die ganze Welt.

Lebensgeschichten antisemitisch Verfolgter – also zum Schweigen gebrachter, ausgegrenzter, vernichteter Menschen – können eine Leerstelle markieren. Eine Leerstelle, die

18 Das American Joint Distribution Committee (Joint) wurde in den USA von Jüd_innen deutscher Herkunft gegründet. Es war die erste Organisation, die im Nachkriegsdeutschland den Jüd_innen zu Hilfe kam. Mit etwa 700 Mitarbeiter_innen half ihnen der Joint bei der Auswanderung sowie mit zusätzlicher Verpflegung, Krankenversorgung und der Herstellung von Kontakten zwischen Überlebenden.

19 Cohen, Roger (2005): Leo Baeck Institute at 50. Eigendruck, New York.

Ich habe dieses Zitat und das noch folgende bewusst nicht ins Deutsche übersetzt, weil auch die englische Sprache wie alle anderen, die jüdische Deutsche (und ihre Nachfahr_innen) nach ihrer Flucht aus Deutschland sprachen, Ausdruck des Bruchs sind, den die Shoah hinterlässt.

20 Die Trennung in „Jüd_innen“/„jüdisches Leben“ und „antisemitisch Verfolgte“ soll verdeutlichen, dass sich beileibe nicht alle antisemitisch Verfolgten als „jüdisch“ definiert haben. Ich schreibe in erster Linie über Antisemitismus und dessen Folgen auf die davon Verfolgten, nicht über Jüd_innen. Zwischen beiden gibt es dennoch einen Zusammenhang: Antisemitisch Verfolgte fallen mit Jüd_innen oft in Eins.

überhaupt erst das Anwesende verständlich werden lässt, indem über das Abwesende gesprochen wird: In Brandenburg gibt es kaum noch jüdisches Leben und/oder antisemitisch Verfolgte²⁰. Die Gegenwart von der Leere her bestimmen heißt, die Anwesenheit von der Abwesenheit her zu deuten. Es gab in Brandenburg im Nationalsozialismus das Bestreben, einen „arischen“ Raum herzustellen. Dieser antisemitische Wahn wurde erfolgreich umgesetzt, und die Auswirkungen sind bis heute wirkmächtig. Das weitestgehende Fehlen jüdischen Lebens in Brandenburg und in Deutschland ist die offensichtlichste Folge des deutschen Antisemitismus und der Shoah. Sie haben zu einer Ordnung des Raums geführt, welche die Bevölkerung in dieser Gegend einerseits deutsch und fast ausschließlich nichtjüdisch sein lässt und Jüd_innen und antisemitisch Verfolgte aus dieser Gegend ausschließt und sie an andere Orte und Räume bindet – wenn sie überlebt haben. Anders formuliert: In dieser fast „arischen“ Bevölkerungsgruppe sind antisemitische, völkische und nationalistische Vergesellschaftungsweisen anwesend.

In dieser Hinsicht, also unter dem Aspekt des Fehlens von Repräsentant_innen gesellschaftlicher Gruppen, begreife ich die Zusammensetzung einer Bevölkerung auf einem bestimmten geografischen Gebiet als Gewalt. Wenn die brandenburgische – und nicht nur diese – Bevölkerung eine bestimmte Zusammensetzung hat, die nicht einfach nur zufällig ist, sondern sich an eine gewalttätige Geschichte koppelt, geht es mir darum, der Entstehung und Beschaffenheit dieser Bevölkerung eine Geschichte zu geben und deren Gewaltförmigkeit aufzuzeigen – in einer Erweiterung eines herkömmlichen Verständnisses von Gewalt. Welche Geschichte hat der Ist-Zustand, und was hat dieser mit Gewalt zu tun? Dies ist u.a. deswegen von

Relevanz, da gegenwärtiger Neonazismus in erster Linie anhand von physischer Gewalt problematisiert wird. Gewalt muss meines Erachtens jedoch weiter gefasst werden. Die Reduktion von Gewalt als unmittelbare physische Handlung zwischenmenschlicher Art ist nicht in der Lage, eine Situation wie die in brandenburgischen (und anderen deutschen) Dörfern und Städten erfassen zu können.

Die Abwesenheit der Verfolgten bei gleichzeitiger Anwesenheit der (ehemaligen) VerfolgerInnen verweist darauf, dass Antisemitismus nicht nur ein Kategoriensystem ist, das Menschen eine (Zwangs-)Identität zuweist und einen Teil im Prozess der Persönlichkeitsbildung beschreibt. Vielmehr – aufs engste damit verzahnt – stellt Antisemitismus auch eine Dimension der sozialen Ordnung dar, die auf eine Ordnung des Raums verweist. Menschen werden anhand ihrer gesellschaftlichen Positionierung unterschiedliche Räume und Zugänge zu Ressourcen geöffnet oder verweigert, es gibt ein fein abgestuftes System von Ein- und Ausschlüssen. Wobei antisemitischer Ausschluss im Nationalsozialismus nicht nur Verfolgung und Entzug von Privilegien bedeutete, sondern der Ausschluss die Ermordung beinhaltete. Die daraus resultierende Zusammensetzung der Bevölkerung verweist auf eine gewalttätige Geschichte.

Verlust

Die Geschichte der Voids ist untrennbar die Geschichte des deutschen Antisemitismus, beide sind unauflösbar miteinander verknüpft, sie sind das deutsche Markenzeichen schlechthin. Der deutsche Antisemitismus hat die Voids produziert, und die Voids sind da aufgrund des deutschen Antisemitismus. Voids sind weder von der Jüd_innenvernichtung zu trennen noch von der deutschen Nachkriegsgeschichte zu entkoppeln. Sie stellen eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart her.



Auch wenn keine gerade Linie vom Nationalsozialismus ins Jahr 2008 führt, so gibt es dennoch eine Linie, vielleicht etwas verschlungener und deterritorialisierter, aber nichtsdestotrotz vorhanden.

Voids sind Libeskind zufolge der Versuch des Umgangs „mit dem Trauma der Abwesenheit, dem Trauma der Leere, den Spuren der Ungeborenen“. Die eingangs genannten Personen stehen symbolisch für die Hunderttausenden, die durch nichtjüdisch-deutsche Antisemit_innen verletzt wurden und werden. Im Selbstbild wie im kollektiven Gedächtnis der nichtjüdischen Deutschen kommt diese traurige Tatsache, nämlich dass Menschen mit ihnen nicht (mehr) zusammenleben wollen, so gut wie nicht vor.

Die Erinnerung an die Shoah bringt die Trauer über das und die unwiederbringlich Verlorene(n) zum Ausdruck und knüpft zugleich daran an. Die Voids symbolisieren die Verbindung zur vernichteten Tradition und Kultur, zu vernichteten Menschen, zu dem, was einmal anwesend und lebendig war. Sie knüpfen an die Lücke an, ohne sie zu füllen, ohne sie füllen zu können. Trotz aller Harmonierhetorik in Deutschland und einem Beschwören der deutsch-jüdischen Symbiose wird das niemals möglich sein: Die Voids bleiben bestehen – für immer.

Aufarbeitung

„There was life before the Holocaust and [...] it is only in the context of what came before it that the mass killing of Europe's Jews can be understood and the extent of the loss grasped.“

(Roger COHEN 2005)

Wie oft habe ich mir gewünscht, ich könnte das Rad der Geschichte zurückdrehen? Ein kindlicher, naiver Wunsch, und zugleich ein sehr ernster. Ich finde es schwer zu ertragen, dass sich das Schrecklichste, was passieren kann, nicht mehr

verhindern lässt, weil es schon passiert ist – schon lange vor meiner Geburt. Vertreibung und Vernichtung sind nicht mehr rückgängig zu machen, die Voids bestehen – physisch wie psychisch.

Die Ursachen des Nationalsozialismus wurden in Deutschland nie ernsthaft angegangen und dessen Folgen leben dementsprechend fort. Die Nazis haben einen „arischen“ Raum besonders brutal durchgesetzt, und es hat danach keine ernstzunehmenden Versuche gegeben, die Vertreibung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung wenn schon nicht rückgängig zu machen – das wäre nicht möglich gewesen –, so doch zumindest ein Signal an die Überlebenden zu senden, dass Jüd_innen in Deutschland willkommen und fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft sind.

„Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen“, endet der Philosoph und Gesellschaftskritiker Theodor W. Adorno seinen 1959 geschriebenen Aufsatz *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit*. So lange die positive Identifizierung von Deutschen mit „ihrem“ Staat, „ihrer“ „Nation“ und „ihrem“ „Volk“ weitergeht und apersonale Herrschaftsverhältnisse personalisiert werden – vier zentrale Ursachen für das Funktionieren des Nationalsozialismus – und es keinen Bruch mit Antisemitismus und dem Zwang zur Verwertung des Werts gibt, wird auch diese Vergangenheit ihre Fortsetzung auf Verfolgten- wie auf TäterInnenseite finden.

Das Nicht-Benennen der TäterInnen geht in Deutschland einher mit der zumeist schäbigen Behandlung der Verfolgten. Und letztere werden keine Ruhe finden (können), so lange nicht erstere benannt werden, so lange es dort keine Aufarbeitung gegeben hat, so lange nicht die Täter_innen in jeder einzelnen nichtjüdisch-deutschen Familie benannt

wurden und Konsequenzen gezogen wurden. Denn das Leiden der Verfolgten wird erst dann anerkannt, wenn die Täter_innen ein Gesicht bekommen und nicht mehr als seltsam konturlose Bösewichte im Dunkeln bleiben. Sie zu benennen, würde einen Bruch mit deutscher Identifizierung und in aller Regel mit der eigenen Familiengeschichte bedeuten. Es würde auch bedeuten, die Verfolgten und ihr Leiden anzuerkennen und Ansprüche nicht abzuwehren. Wenn dies passiert, wäre denkbar, dass der Ort, der zurzeit „Deutschland“ heißt, ein Ort ist, an dem sich antisemitisch Verfolgte sicher fühlen können.

Andreas Hechler (Naturfreundejugend Berlin)

Tipps zum Weiterlesen

ADAMCZAK, Bini (2005): Antisemitismus dekonstruieren? Essentialismus und Antiessentialismus in queerer und antinationaler Politik. In: A.G. Gender-Killer (Hg.): Antisemitismus und Geschlecht. Von „effimierten Juden“, „maskulinisierten Jüdinnen“ und anderen Geschlechtern. Unrast Verlag, Münster, S. 223-238.

ADORNO, Theodor W. (1998/1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: ders (Hg.): Gesammelte Schriften. Band 10-2: Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 555-572 (Original 1959).

ANTHONY, Tamara (2004): Ins Land der Väter oder der Täter? Israel und die Juden in Deutschland nach der Shoah. Reihe Dokumente – Texte – Materialien. Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Band 54. Metropolis Verlag, Berlin.

BORDERLINE / Rose, Paula (2005): hier, nicht jetzt. gespräch auf der transitstrecke. In: sinistra!-zeitung, Frankfurt am Main, S. 24-25.

HAURY, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburger Edition, Hamburg.

LIBESKIND, Daniel (1999): trauma / void. In: Bronfen, Elisabeth / Erdle, Birgit R. / Weigel, Sigrid (Hrsg.): Trauma – zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster. Literatur – Kultur – Geschlecht, Kleine Reihe, Band 14. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien, S. 3-26.

POSTONE, Moishe (1991/1979): Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Redaktion diskus (Hg.): Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam, S. 4-437.

SCHLÖR, Joachim (1997/1995): Exil und Rückkehr. In: LICHTENSTEIN, Heiner / Romberg, Otto R. (Hrsg.): Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 335. Bonn, S. 154-169 (2. erweiterte Auflage, Original 1995).

STIFTUNG JÜDISCHES MUSEUM BERLIN / Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2006): Heimat und Exil – Emigration der deutschen Juden nach 1933. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.



„Antisemitismus ist selbstverständlich ein gesamtgesellschaftliches Problem.“

Interview mit Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam

Gideon Botsch ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam (MMZ) im Bereich Antisemitismus und Rechtsextremismusforschung. Das MMZ ist ein Institut für europäisch jüdische Studien, das an der Universität Potsdam angegliedert ist. In den letzten zwei Jahre beschäftigte sich Gideon Botsch hauptsächlich mit Rechtsextremismus in Brandenburg und den neuen Ländern, sowie mit Möglichkeiten gesellschaftlicher Gegenstrategien und Gegeninitiativen. In dem Zusammenhang ist der Sammelband „Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention“ erschienen.

Anlass für diese Broschüre ist der 70. Jahrestag der Novemberpogrome. Wie wird in Brandenburg daran gedacht?

Mir ist bis jetzt noch nichts dazu bekannt, wie im Land Brandenburg daran gedacht wird. Es wird mit Sicherheit dezentral eine Reihe von Veranstaltungen geben die teilweise von den Gemeinden oder Kirchengemeinden ausgerichtet werden. Es gibt ja im Land Brandenburg eine Reihe von Gedenksteinen, Friedhöfen, Stolpersteinen... Diese erinnern teilweise an jüdisches Leben in Brandenburg und an die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen gegen Juden. Im Zusammenhang mit der Pogromnacht wird hier in Potsdam regelmäßig am Standort der früheren Synagoge am Platz der Einheit ein Kranz niedergelegt. Ich gehe davon aus, dass das dieses Jahr auch wieder so sein wird.

Wie äußert sich Antisemitismus in Brandenburg?

Im Land Brandenburg gibt es auf der einen Seite einen manifesten, harten Antisemitismus. Dieser steht in der Tradition des völkische Antisemitismus, des Rassenantisemitismus und des Nationalsozialismus. Dieser Antisemitismus ist sehr aggressiv.

Dieser aggressive Antisemitismus äußert sich etwa in den Aktivitäten bestimmter neonazistischer Kameradschaftsnetzwerke, aber auch in der Ideologie der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Er wird deutlich durch die Aktivitäten von Holocaustleugnern: Gerade Anfang Oktober diesen Jahres stand Horst Mahler, einer der Frontfiguren dieser Richtung, hier in Potsdam vor Gericht. Es gab auch eine Reihe von vergleichbaren Prozessen hier.

Der aggressive Antisemitismus äußert sich auch in den rechtsextremen Parteien. Insbesondere die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bedient zunehmend einen offenen Antisemitismus. Es handelt sich bei diesem Antisemitismus nicht nur um bundesweite Angelegenheiten. Gerade in Brandenburg findet sich dieser in den offiziellen Parteierklärungen. Es ist auch nicht ausschließlich so ein Stimmungsantisemitismus an der Basis, sondern es sind antisemitische Aussagen bis runter auf die Webseiten der einzelnen Kreisverbände im Land Brandenburg zu finden.

Neben diesen weit verbreiteten Einstellungsmustern und diesem harten und offenen Antisemitismus gibt es - wie insgesamt in der Bundesrepublik, eine Form von weiteren Ressentiments. Diese reichen bis hin zu einer Judenfeindschaft, die insbesondere um das Thema Nahost und Israel kreist. Allerdings lassen sich diese Tendenzen im Land Brandenburg (wie in den anderen Neuen Ländern auch) überwiegend auf die Zeit eines staatlichen Antizionismus zurückführen, der im Rahmen der antiimperialistischen

Politik der DDR entstand. Dieser Antizionismus kann sich in Grenzfällen auch wirklich antisemitisch äußern. Das sind zum Beispiel Stimmungsäußerungen und Meinungsäußerungen - auch in gebildeten Kreisen - die die Argumentation verwenden: „Ich bin gewiss kein Antisemit, aber...“. Dabei werden doppelte Standards angewendet. Es werden dem Staat Israel Vorwürfe gemacht, die anderen Staaten in dieser Form nicht gemacht werden. Oder diese Vorwürfe werden vollkommen übertrieben und zu Horrorszenarien gemacht. Dabei wird nicht nur die Politik des Staates Israel in Frage gestellt, sondern sein Existenzrecht überhaupt.

Inwiefern sind die Deutsche Volksunion (DVU) und die NPD ihrer Meinung nach antisemitisch und wie erklären Sie sich deren Wahlerfolge bei den letzten Kommunalwahlen?

Die DVU ist ganz deutlich eine Partei, in die die Lesergemeinschaft der Deutschen National Zeitung Gerhard Frey's und der anderen Produkte aus diesem Medienimperium überführt wurde. In den Publikationen aus diesem Umfeld fand sich schon immer ein Antisemitismus, der sehr stark mit Endlastungsargumenten arbeitete. Da geht es um die Bewertung der deutschen Geschichte, der Wehrmacht und anderer Verbände des nationalsozialistischen Deutschlands. In den Publikationen werden Israel oder der angebliche Einfluss von Juden in der Bundesrepublik Deutschland thematisiert. In den Wahlkämpfen ist das nicht ganz so präsent, aber es grundiert die Position der Partei nach wie vor.

Bei der NPD ist das noch deutlicher. Sie ist heute eine Partei, die sich gar keine Mühe mehr gibt, Ihren Antisemitismus zu tarnen. In letzter Zeit gibt es sehr offene judenfeindliche Stellungnahmen bei der NPD. Manche dieser Aussagen sind codiert, aber die Codierungen sind sehr schwach. Wenn bei der NPD beispielsweise das Finanzkapital kritisiert wird, wenn bei der NPD überhaupt Kapitalismus kritisiert wird

oder wenn bei der NPD die USA kritisiert werden, dann ist es - auch wenn das Wort Jude nicht fällt, ziemlich leicht zu entschlüsseln, wen die NPD meint.

Auch hat die NPD in den letzten Jahren immer wieder Konzertveranstaltungen, Volksfeste oder Demonstrationzüge organisiert. Auf denen sind Bands aufgetreten, die stark neonazistisch argumentieren. Aber auch etwas softer argumentierende rechtsextreme Bands traten bei diesen Events an die Öffentlichkeit. Gerade in dieser Musikkultur finden sich in Brandenburg eine ganze Reihe von antisemitischen Positionen und Feindbildzuschreibungen.

Würden Sie sagen, dass Antisemitismus auch ein gesamtgesellschaftliches Problem ist?

Antisemitismus ist selbstverständlich ein gesamtgesellschaftliches Problem, auch wenn er sich in vielen Fällen versteckt äußert. Es ist ja ein großes Missverständnis, zu meinen, dass sich Antisemitismus gegen Juden richtet. Antisemitismus richtet sich gegen diejenigen, welche von den Antisemiten zu Juden erklärt werden. Und er richtet sich gegen diejenigen, welche von den Antisemiten zu den Helfershelfern der angeblichen Juden erklärt werden. Antisemitismus ist in der Tat ein Problem, was unsere gesamte Gesellschaft betrifft. Dabei ist eine Privatisierung des Antisemitismus zu beobachten. Der Antisemitismus ist demnach nicht mehr in der öffentlichen Meinung präsent, so wie er das etwa in den 20er Jahren gewesen ist. Aber er wird im Privaten geäußert, und zwar bis hinauf in gebildete Kreise. Ich hab das einmal Elitenantisemitismus genannt - ein Phänomen, das wir meiner Vermutung nach völlig unterschätzen. Wenn sie mit Menschen darüber sprechen, die offen als Juden wahrgenommen werden und die sich in Kreisen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Eliten bewegen, werden viele von ihnen sagen, dass sie den Antisemitismus, der ihnen entgegen gebracht wird, spüren.

Das zeigt sich nicht an verbalen Äußerungen. Aber das, was ich Elitenantisemitismus nenne, ist eben dann spürbar, wenn bestimmte Einladungen nicht ausgesprochen werden, wenn gesellschaftlich eine gewisse Mauer errichtet ist. Das gilt übrigens auch für wissenschaftliche Kreise und an den Universitäten – auch in Brandenburg.

Würden Sie sagen, dass Antisemitismus seit der Wende wieder erstarkt ist?

Gerade auf gesellschaftlicher Ebene können wir sehr deutlich einige Rückschritte feststellen. Denken Sie an die Großdebatten, die antisemitisch grundiert waren: wie zum Beispiel die Diskussionen um Stellungnahmen des Schriftstellers Martin Walser oder des FDP-Politikers Frank Möllemann. Allerdings gab es solche Debatten auch schon in der alten Bundesrepublik. Es ist sehr schwer, ein Wiedererstarken des Antisemitismus zu messen und das wissenschaftlich zu begründen.

Allerdings wurde in den 1990er Jahren die Auseinandersetzung um Israel, um die Geschichte des Zionismus, um jüdisches Leben im Nahen Osten, um die Gründe für den Nahostkonflikt und die Möglichkeiten eines Friedensprozesses sehr viel differenzierter diskutiert als heute. Zu der Zeit gab es viel weniger einseitigen Schuldzuweisungen an die israelische Seite. Dies hat sich aber schnell geändert. Interessanter und paradoxer Weise geschah dies in dem Moment, als der Friedensprozess von der palästinensischen Seite unterbrochen wurde und die massive Gewalt der ersten Intifada wieder aufgenommen wurde. Der Stimmungsumschwung in der europäischen Gesellschaft (und damit auch in der deutschen Gesellschaft) zu Ungunsten Israels war sehr massiv. Zwar hat es in Deutschland wenig handgreifliche Übergriffe gegeben - im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich. Aber es gab viele Anfeindungen auf der verbalen Ebene.

Außerdem ist der 9. November ein Datum, das für die Jüdischen Gemeinden ziemlich bedenklich ist und unmittelbar mit der Wiedervereinigung zusammenhängt. Im Jahr 1989 war in Ost- wie in Westdeutschland das Gedenken an die Pogromnacht von 1938 sehr interessant. Eigentlich gab es zum ersten Mal ein wirklich öffentliches Gedenken. Es ging durch die Schulen, durch die Gesellschaft und durch die Parteien. Das Gedenken etablierte sich. Das Gedenken war nicht mehr nur in die Höfe der Jüdischen Gemeinschaft verbannt, das an den eigenen Mahn- und Gedenkstätten stattgefunden hat. Mit dem 9. November 1989 und dem Fall der Mauer hat sich das Gedenken an die Novemberpogrome natürlich völlig überlagert. Und da ist in der Wahrnehmung vieler Juden in Deutschland durchaus Angst aufgekommen. Sie befürchteten, dass die Erinnerung an Fall der Mauer 1989 die Thematisierung des 9. November als Tag des Novemberpogroms überlagern könnte. Und solche Tendenzen entdecken wir im Augenblick tatsächlich.

Gibt es Projekte in Brandenburg die Sie für sinnvoll halten, um Antisemitismus entgegen zu wirken?

Für sehr sinnvoll halte ich ein Projekt, das in unserem Haus organisiert wird. Unsere Kollegin Larissa Weber, die auch für das Anne Frank Zentrum arbeitet, erstellt beispielsweise gemeinsam mit Schülern Ausstellungen über jüdisches Leben in der Gemeinde, in der diese Schulen vor Ort sind. Dieses Projekt versetzt die Schüler in die Lage, mit allen Sinnen selbst Geschichte zu schreiben und den Verlust jüdischen Lebens in Brandenburg wahrzunehmen. Bedauerlicher Weise ist die Bereitschaft, die nötigen Finanzmittel für dieses Ausstellungsprojekt bereit zu stellen, außerhalb unseres Hause sehr gering. Wir können das aus eigener Kraft kaum schultern.

Außerdem gibt es in Brandenburg eine ganze Reihe von Projekten und Initiativen, welche sich konkret mit

Antisemitismus auseinandersetzen. Sei es, dass diese Projekte versuchen, kulturelle Verbindungen zu den hier lebenden Juden herzustellen, sei es dass Sie sich der Geschichte widmen. Ich halte es für eine sehr erfreuliche Angelegenheit, dass es in einigen brandenburgischen Gemeinden mittlerweile Stolpersteine gibt - oder andere Formen der Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte in der eigenen Gemeinde zu finden sind.

Es gibt hier allerdings noch einen hohen Nachholbedarf: Wir wissen von Gemeinden in Brandenburg, die die eigene Geschichte und die Verbrechen Geschichte im Zusammenhang mit der jüdischen Minderheit überhaupt noch nicht wahrgenommen haben. Vieles über die zahlreichen ehemaligen jüdischen Gemeinschaften in Brandenburg ist unbekannt.

Außerdem findet in Brandenburg sehr wenig Austausch mit Israel statt. Es gibt fast keine Städtepartnerschaften oder Schulaustauschprogramme, die ja in den alten Bundesländern in der Zwischenzeit relativ normal sind. Eventuell kommen an diesem Punkt die Vorbehalte gegen den Staat Israel in der Brandenburger Gesellschaft zum tragen. Auch in Potsdam, das sich ja sehr Geschichtsbewusst und gleichzeitig sehr Welt orientiert darzustellen bemüht, gibt es keine solchen Projekte.

*Dieses Interview wurde geführt von den
Jungdemokrat_innen/ Junge Linke Brandenburg*



Gedenkverweigerung und

Gedächtnistheater –

Der Umgang mit der Erinnerung an die Novemberpogrome als Spiegel der Nation

Frage 30 des zum 1. September 2008 in Hessen eingeführte Einbürgerungstests lautet:

„Der 9. November hat in der deutschen Geschichte eine besondere Bedeutung. Welche Ereignisse fanden statt a) am 9.11.1938 und b) am 9.11.1989?“ Im Geiste der von CDU-Rechtsausleger Roland Koch formulierten Maßgabe, *„Wer Auschwitz leugnet oder relativiert, leugnet oder relativiert in gleichem Maße, Deutscher zu sein“*, wird das Wissen um die Verfolgung und Vernichtung der Jüd_innen zur Eintrittskarte in die nationale Gemeinschaft. Dem war nicht immer so. Wie sich die Rezeption des 9. November in DDR, BRD und Berliner Republik zwischen Geschichtsvergessenheit und Gedenkversessenheit gestaltet, soll im folgenden Text diskutiert werden.

DDR: Hier regiert die Antifa!

Die DDR begriff sich als antifaschistischer Staat, porentief gereinigt von Menschheitsübeln wie Imperialismus, Rassismus und Antisemitismus. Antifaschismus galt als politische Leitlinie, verordnet vom Politbüro, überwacht von der Volkspolizei. Als Bündnispartnerin der UdSSR erklärte die DDR sich nachträglich zum Teil der Anti-Hitler-Koalition und machte sich somit zur Siegerin der Geschichte.

In den Anfangsjahren der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) herrschte ein Antifaschismus von unten. In dieser Zeit fanden spontane Gedenkfeiern statt und Überlebende richteten in Eigeninitiative Gedenkstätten ein. Auf diese Ereignisse folgte rasch die Verstaatlichung des Antifaschismus. Diese Periode

war gekennzeichnet durch eine Gedenkstättenplanungskommission, welche vom SED-Politbüro eingesetzt wurde, sowie die 1953 erfolgte Ausschaltung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN). Damals vollzog sich eine radikale Veränderung des Blickwinkels auf die Ereignisse der nationalsozialistischen Geschichte, welche die *„Orte des Leidens und der Verfolgung zu Gedenkstätten der antifaschistischen Kämpfer und Helden“* (Olaf Groehler) umfunktionierte. Der Schriftsteller Walter Hammer hat diese Tendenz zur Heroisierung und Mythenbildung bereits 1950 in einem Brief an das American Jewish Committee beklagt: *„Piety for them is sentimentality, to honor the dead has only a meaning for them as far as this would strengthen the power of the Kremlin.“*²¹

An das sinnlose Martyrium in den Lagern wurde nicht erinnert. Die Opfer wurden nur wahrgenommen, wenn sie als Avantgarde des siegreichen Sozialismus oder zumindest als moralische Vorbilder für das zu erziehende Proletariat dargestellt werden konnten. Ihre Leiden wurden funktionalisiert. Nichts demonstriert diese Instrumentalisierung besser als die ersatzlose Streichung der Gedenkfeiern an die Novemberpogrome zwischen 1950 und 1953. Diese Zeit war die Hochphase des stalinistischen Antisemitismus, in welcher hunderte Jüd_innen aus der DDR flohen. Erst nach Stalins Ableben fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Jahr 1954 wieder eine Gebetsstunde der Berliner Jüdischen Gemeinde anlässlich der Novemberpogrome statt.

Während die übrigen Gemeinden auf DDR-Gebiet bis Anfang der 1960er Jahre kein Gedenken begingen, wurde

21 „Pietät [=Respekt/Ehrfurcht vor Toten] heißt für sie Sentimentalität, die Toten zu ehren hat nur insofern eine Bedeutung für sie, wie es die Macht des Kremls verstärkt.“ (Übersetzung durch Jd/JL)

die Ostberliner Jüdische Gemeinde nun als Vorzeigeobjekt gegen den Westen eingespannt. 1956 etwa hielt das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer unter Beteiligung der Jüdischen Gemeinde eine Großkundgebung im Friedrichsstadtpalast ab, die sich neben einer beiläufigen Erwähnung der jüdischen Opfer vorwiegend auf die Anklage gegen die BRD und die ungarische Konterrevolution konzentrierte. Zwar gelang den Gemeinden in den Folgejahren die Einrichtung einiger Gedenkstätten für die Shoah-Opfer – so am 9. November 1960 für die 55.696 ermordeten Berliner Jüd_innen, doch ihre intern geäußerte Kritik an antisemitischen Vorfällen und dem staatsoffiziellen Antizionismus konnten sie in öffentlichen Auftritten nicht artikulieren.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wandelte sich der 9. November immer stärker zu einem zentralen Feiertag. Diesen zelebrierten Kirchenvertreter_innen, Ost-CDU, SED und Staatsfunktionär_innen gemeinsam mittels eines „*versteinerten, ritualistischen Kult[es] von Kranzniederlegungen und Ansprachen*“

(Y. Michal Bodemann). 1978 richtete erstmals der SED-Generalsekretär – damals Erich Honecker – eine Adresse an die Jüdische Gemeinde. Das ‚Neue Deutschland‘ als Zentralorgan der SED platzierte den Abdruck des Honecker-Schreibens „*in feinsinniger Weise [neben] einem Bericht über jüdische Siedlungen in den israelisch besetzten Gebieten*“ (Y. Michal Bodemann). Auch die Vorgaben für die Redner_innen der Jüdischen Gemeinde blieben äußerst strikt: die Opfer der Pogrome selbst sollten nur kurz erwähnt werden. Nach einem Exkurs über die Verwandtschaft von Antisemitismus und Antikommunismus sollte auf den in der westlichen Welt fortbestehenden Rassismus eingegangen werden, um abschließend die DDR als Hort des Friedens zu feiern. Der öffentliche Bedeutungsgewinn



des 9. November ging ab Mitte der 1980er einher mit dem Versuch, jüdische Identität wieder zu thematisieren, etwa mit der Einrichtung des Centrum Judaicum in Berlin. Zudem wurden 100 Millionen Mark als „humanitäre Hilfe“ für ausländische Überlebende gezahlt. Mit einer großen Anzahl von Gedenkveranstaltungen, bei denen weiterhin keinerlei Selbstkritik genehm war, wurde der 50. Jahrestag der Novemberpogrome begangen. Wenige Tage später, am 18. November 1988, erkannte die DDR – noch Monate vor der Sowjetunion – die palästinensischen Gebiete als eigenständigen Staat an. Darin gipfelte der Antizionismus der DDR, der in Israel nur einen Stützpunkt des Imperialismus erkennen konnte. Der andauernde Angriff auf den als „faschistisch“ bezeichneten Staat der Jüd_innen war nicht allein geostrategisch motiviert. Er diente auch der psychologischen Entlastung der DDR-Bevölkerung von der Schuld, die man gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachfahren zwar hatte, aber erfolgreich verdrängte.

BRD: Der 9. November zwischen Revisionismus und Staats-Antifaschismus

Wie im Osten, so wurde im Westen in den ersten Nachkriegsjahren das Gedenken vorwiegend von lokalen Widerstandskämpfer_innen, der VVN und den Jüdischen Gemeinden organisiert. Auch in den 1950er Jahren blieb es weitgehend beim Desinteresse der Bevölkerungsmehrheit sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Funktionselite. Erst zum 20. Jahrestag der Novemberpogrome setzte ein Schub der Institutionalisierung des Gedenkens ein, welche den 9. November zum festen Bestandteil des politischen Kalenders in vielen Kommunen machte. Die Gedenkveranstaltungen selbst gestalteten sich damals und in den Folgejahrzehnten vorwiegend als Kranzabwürfe, also in Form quasi-religiöser Zeremonien fernab von spontaner

Trauer, kritischer Aktualisierung oder direkter politischer Einbettung. Schon 1968 wurden die Novemberpogrome von den Massenmedien wieder zugunsten des 50. Jahrestags der Revolution von 1918 völlig in den Hintergrund gerückt. Während in mehreren Städten am 8. und 9. November 1968 Tausende geschichtsvergessene Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen den Vietnam-Krieg demonstrierten, offenbarte im Folgejahr eine andere Strömung der 68er-Bewegung ihre Lehre aus der Geschichte: die terroristischen Tupamaros Westberlin deponierten mit technischer Hilfe des Verfassungsschutzes eine Bombe, welche auf der Gedenkveranstaltung der Jüdischen Gemeinde Berlin zünden sollte. Der glücklicherweise fehlgeschlagene Mordanschlag wurde im Bekennerschreiben mit den folgenden Worten gerechtfertigt: *„Jede Feierstunde ... in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten ... wiederholt wird“*.

Auch 1973, anlässlich des nächsten Jubiläums, setzte sich die mediale Ignoranz gegenüber den Novemberpogromen fort, die Zahl der Gedenkveranstaltungen halbierte sich. Der Historiker Harald Schmid verortet die Ursache im Jom-Kippur-Krieg²², der die BRD-Elite in einem *„lähmenden Zwiespalt“* gebracht habe. Dieser bewegte sich zwischen der *„aus der Erinnerung an die Judenverfolgung abgeleiteten Solidarität mit Israel [und den] existentiellen und strategischen Interessen Westdeutschlands“*. Wohl wissend um diesen Zusammenhang, beließ es der Hamburger Landesrabbiner in seiner damaligen Ansprache nicht bei einer Darlegung der historischen Vorgänge, sondern zeigte seine *„Erschütterung“* über die Beteiligung der BRD am *„Ausverkauf Israels“* und forderte, Israel *„das Überleben nicht noch schwerer zu machen“*²³.

Ab dem 40. Jahrestag der Novemberpogrome kann eine

Verjüngung, Pluralisierung Politisierung und Zentralisierung des Gedenkens beobachtet werden. Dies hatte eine zuvor kaum vorstellbare öffentliche Wahrnehmung des Gedenkens an die Novemberpogrome zur Folge. Außerdem beteiligte sich an den Gedenkfeierlichkeiten seit 1978 und vor allem seit 1988 ein breiter Akteur_innenkreis, welcher von den Jüdischen Gemeinden über die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Geschichtswerkstätten, Gewerkschaften und Polit-Funktionäre_innen reichte. Dies signalisierte sowohl die sich vollziehende Etablierung zivilgesellschaftlicher Strukturen als auch die „Verstaatlichung des Gedenkens“ (Y. Michal Bodemann). Der 9. November reifte so zum inoffiziellen Shoah-Gedenktag in Deutschland heran.

Berliner Republik: Du bist Antifa!

Der Mauerfall, der im Kalender auf den gleichen Tag wie die ‚Reichspogromnacht‘ fällt, markierte einen Bruch im Diskurs über den 9. November. Zuvor undenkbar, wurde das Datum nun vom SPD-Vorsitzenden Vogel als Nationalfeiertag vorgeschlagen. Nach kontroverser Diskussion und Einspruch u.a. durch den Zentralrat der Juden fiel die Wahl jedoch auf den 3. Oktober.

Spielte sich Gedenken in der BRD zuerst in innerlich-moralisierenden Zeremonien, dann in pädagogisch-politischen Bahnen ab, so wurde durch die Verstaatlichung der Boden bereitet für eine neue Gedenkform - die offiziell angesetzte Großdemonstration. Vor dem Hintergrund

22 Dreiwöchiger Krieg im Oktober 1973, der durch einen überraschenden Angriff Syriens und Ägyptens ausgelöst wurde. Nach Rückzügen zu Kriegsbeginn konnte die israelische Armee die Invasion zurückdrängen. Die anfängliche militärische Schwäche und die hohe Zahl von Toten führten zu einer Traumatisierung in der israelischen Öffentlichkeit.

23 Die Bundesregierung teilte der US-Regierung gegen Kriegsende mit, sie werde „die Verschiffung amerikanischen Kriegsgeräts von deutschen Häfen nach Israel nicht mehr genehmigen“, und war an einer gegen Israel gerichteten Erklärung der EG-Außenminister vom 6. November 1973 beteiligt.

massenhafter rassistischer Angriffe hatte die Politik für den 9. November 1992 zur Demonstration geladen, um „ein klares Zeichen zu setzen, wo das gute Deutschland steht“ (Südwestpresse). Dieser Versuch, die Wiedergutwerdung der Mehrheitsgesellschaft an symbolträchtigem Datum aller Welt unter Beweis zu stellen, wurde noch durch Eierwürfe



protestierender Antifaschist_innen angekratzt. Die anlässlich antisemitischer Anschläge im Jahr 2000 erfolgte Neuauflage gestaltete sich wesentlich harmonischer. 200.000 gute

Deutsche animierte der von Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ zum Marsch durch Berlin-Mitte. Weder Pfiffe noch Eier störten die Inszenierung. Lediglich die Leitkultur-Kritik von Paul Spiegel sorgte im Anschluss für einige bald vergessene antisemitisch gefärbte Spitzen aus der CDU („Die CDU lässt sich nicht am Nasenring über



den Pariser Platz führen“, sagte Vize-Fraktionschef Günter Nooke). Die rot-grüne Konsensmaschine hatte nach dem Kosovo-Krieg eine weitere antifaschistische Integrationsleistung vollbracht²⁴.

Zivilgesellschaftliche Hülle, volksgemeinschaftlicher Kern

Der 9. November hat sich in Deutschland von einem öffentlich kaum wahrgenommenen Tag über ein von kleinen Zirkeln und den Jüdischen Gemeinden begangenes Gedenken zu einem bundesweit beachteten Datum entwickelt. Wie aber verhält es sich mit den Unterschieden und vor allem den Parallelen zwischen DDR, BRD und Berliner Republik?

Ein Blick auf die jüdische Erinnerung hilft, um deutsche Gemeinsamkeiten zu erkennen: In Israel wird der Jom haShoah am Tag der Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes mit

24 Rot-Grün stellte sich zur Rechtfertigung des Kosovo-Krieges als antifaschistische Kraft dar. Der damalige Außenminister Joseph Fischer etwa befürwortete den Krieg mit den Worten „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.“ (Siehe auch Artikel zur Entlastung von der Geschichte in dieser Broschüre)

einem landesweiten, zweiminütigen Sirenengeheul begangen. Dadurch wird sowohl an den in Deutschland nur selten zur Kenntnis genommenen jüdischen Widerstand erinnert, als auch ein zwar kurzfristiger, doch umfassender Stillstand des öffentlichen Lebens organisiert. Ein solches Gedenken, welches alle gesellschaftlichen Bereiche mit einbezieht, ist hierzulande undenkbar. Waren es in der DDR staatlich vorgeschriebene Rituale, treten in der BRD und der Berliner



Republik neben Staat und offizieller Politik verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen auf den Plan. Deren Akteur_innen setzen sich vorwiegend aus einer eng umgrenzten sozialen Schicht zusammen: es sind Theolog_innen, Sozialarbeiter_innen, Lehrer_innen und andere professionelle Wahrer_innen der Menschenwürde. Mit der „Epidemie des Gedenkens“ seit 1988 haben sie ein „Gedächtnistheater“

hervor gebracht, das – wie dem Theater eigen – vom Raum des Alltags abgegrenzt ist. *„Hierfür werden jüdische Dramen und jüdische Schauspieler benötigt – keine Hauptdarsteller freilich, sondern eher Statisten“* (Y. Michal Bodemann).

Zugleich fungiert die Bevölkerungsmehrheit maximal auf Kanzlergeheiß als Zählvieh auf Demonstrationen, verbringt in der Regel jedoch gänzlich ungerührt den 9. November

auf Arbeit, am Stammtisch und im Fitness-

Studio. Fragt sich etwa der jüdische

Kommunist Valentin Senger im Anschluss

an eine Gedenkfeier für die Ermordeten der

Novemberpogrome, *„Mit welchem Recht*

lebe ich noch? Mit welchem Anspruch?“,

sind solche Zweifel nichtjüdischen Deutschen

gänzlich unbekannt. Irene Runge, die DDR-

Bürger_innen nach ihren Erinnerungen an

die Pogrome befragte, hätte in der BRD

sicher ähnliche Antworten erhalten: *„Dieser*

November 1938 hat aber bei denen, die ich

fragte [...], keine traumatischen Wunden

hinterlassen. Nur die Juden, die dabei waren,

geschlagen, angepöbelt, die in diesen

Tagen in die Lager kamen, ins Exil flohen

– sie erinnern sich genau, beißend genau.“

Sowohl in der DDR als auch über die BRD in

die Berliner Republik hinein übertrug sich ein

volksgemeinschaftlicher Kern, in dem Erinnerungsabwehr,

Gefühlskälte und (sekundärer) Antisemitismus

zusammenfinden (*Siehe auch Artikel zur Entlastung von der*

Geschichte in dieser Broschüre).

Die Spaltung in Jüd_innen und nichtjüdische Deutsche blieb von 1945 bis heute weitgehend erhalten. Aufgabe der Politik



(und Zivilgesellschaft) ist es, Ideologie und Befindlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit, die nationalen Interessen sowie das Ansehen Deutschlands in der Welt auszubalancieren. Einerseits beschuldig(t)en BRD-Historiker_innen stets die DDR der Instrumentalisierung der jüdischen Leiden zum Zwecke der Systemstabilisierung und der Aburteilung des Westens. Andererseits wird in jener Kritik, die an sich berechtigt ist, die nicht so offensichtliche Funktionalisierung der Novemberpogrome in der BRD und der Berliner Republik unterschlagen.

Besagte Funktionalisierung besteht zunächst einmal überhaupt in der Herstellung eines „Wir“ als kollektiv handelnder Gruppe der Geschichte. Bundespräsident Roman Herzog formulierte, keine Gemeinschaft und kein Staat könnten *„ohne Erinnerung leben“, man müsse sich „der ganzen Geschichte stellen, [...] die im Guten wie im Bösen die Identität eines Volkes ausmacht“*. Die Herstellung des „Wir“ in der Rückschau auf die NS-Volksgemeinschaft geht Hand in Hand mit der Separierung eines „bösen“ Damals, welches im Kontrast zum heutigen, „guten“ Deutschland steht. Die Nation vergewissert sich selbst als moralisch intakt. Sie entzieht sich über die pseudo-antifaschistische Abgrenzung der Kritik und verwischt die vielfältigen Traditionslinien zur Vergangenheit. Besonders seit 1989 wird am 9. November ausdauernd die Figur von der *„Vielfalt und Widersprüchlichkeit der deutschen Geschichte“* (Ernst Nolte) oder vom *„Tag der Freude [...] und dem Tag der Trauer“* (Rita Süßmuth) bemüht. Die *„schicksalsschwere Tradition deutscher Novembertage“* habe 1989 *„ihr glückliches Ende“* (Johannes Rau) gefunden.

Mit der Aufarbeitungsweltmeisterschaft im Gepäck kann man sich als gut gewordene Nation präsentieren, die an zwei oder drei ritualisierten Gedenktagen die Stirn in (Ge)Denkfalten legt, während diese Pose zugleich ohne jegliche ernsthafte

materielle Konsequenzen bleibt. Die bis heute andauernde Verweigerung der Lohnzahlungen an die Millionen mittlerweile größtenteils verstorbener Zwangsarbeiter_innen spricht eine klare Sprache.

Zugleich dient das diskursive Geraune vom „*Schicksalsdatum*“ (Richard von Weizsäcker), vom „*wahren Schicksalstag*“ (Gerhard Schröder), von der „*Verabredung eines Volkes mit seinem Schicksal [in der] ominösen Reichs'kristall'nacht ... und der Nacht der Wunder*“ 1989 (Peter Sloterdijk), vom „*gespenstischen Doppelgesicht des Datums*“ (Antje Vollmer) und dem „*hoch widersprüchlichen und verfluchten deutschen Tag*“ (Wolfgang Thierse) nicht bloß der Entschuldung der Täter_innen als Opfer höherer (Schicksals-)Mächte. Der Diskurs über den 9. November schwankt seit 1989 zwischen Abscheu und Faszination. Die nicht verstandene, nur mechanisch abgearbeitete Vergangenheit kehrt mit der erneuten Großmachtstellung Deutschlands, der „*Rückkehr in die Mitte des Kontinents*“ (Gerhard Schröder), als mythisch aufgeladenes ‚Schicksal‘ zurück. ‚Schicksal‘ kann man aber nicht entfliehen. Und so wird die Vernichtungsoption, die durch ‚bewältigendes‘ Gedenken gebannt werden soll, zugleich in diesem falschen, instrumentalisierenden Gedenken aufbewahrt.

Stephan Weigand

Tipps zum Weiterlesen:

ADORNO, Theodor W. (1971): Was heißt Aufarbeitung der Vergangenheit. In DERS.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M..

BODEMANN, Y. Michal (1996): Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg.

GROEHLER, Olaf (1993): Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. In: MOLTSMANN, Bernhard u.a. (Hrsg.): Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost. Frankfurt a.M..

MERTENS, Lothar (1997): Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 - 1990. Hildesheim.

SCHMID, Harald (2001): Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Gedenkpolitik. Hamburg.



Entlastung von der Geschichte: Umdeutung, Relativierung, Revisionismus.

Geschichte wird erzählt und geschrieben. Dabei werden immer wieder neue Quellen erschlossen, neue Fakten zugänglich gemacht und geschichtliche Ereignisse neu gedeutet. Geschichte ist daher nicht einfach etwas, was einmal passiert ist. Der Umgang mit Geschichte ist auch immer ein Versuch, Zusammenhänge zu erklären und historische Ereignisse in Bezug auf heute zu deuten. Eine neue politische und gesellschaftliche Situation ändert auch die Deutung der Geschichte, ihre Bedeutung für uns. Die Geschichte des Nationalsozialismus nimmt in dieser Hinsicht eine besondere Stellung ein, denn sie prägt entscheidend das Selbstbild der Deutschen. Deutschland hat mit seiner geplanten und industriell durchgeführten Massenvernichtung von sechs Millionen Jüd_innen, seinen Eugenikprogrammen und seinem Vernichtungskrieg in Osteuropa Verbrechen von einzigartigem Ausmaß verübt. Darum ist mensch in Deutschland gezwungen, sich in irgendeiner Weise zu diesen Verbrechen zu verhalten. Schließlich waren es die Eltern, Groß- oder Urgroßeltern der meisten Mehrheitsdeutschen und einige noch selbst, die daran mitwirkten, offen zustimmten oder es stillschweigend hinnahmen.

Die Geschichte des Nationalsozialismus wertet das Bild, das Deutsche von sich als Nation machen können, immer ab. Daher versuchen alle, die um eine positive deutsche „Identität“ bemüht sind, geschichtliche Deutungen zu finden, welche die Deutschen in irgendeiner Form entlasten.

Im Folgenden soll es um solche *Entlastungsstrategien* gehen. Es handelt sich hierbei um *Geschichtspolitik*, d.h. um eine

politische Auseinandersetzung, einen *Diskurs*, darüber, wie Geschichte zu deuten ist.

Die stärkste Form der Entlastung ist der *Geschichtsrevisionismus*. Als Geschichtsrevisionismus bezeichnet man eine Position, die ein wissenschaftliches, politisches und gesellschaftlich bestehendes Geschichtsbild verändern will. Revision heißt „neu sehen“: Revisionist_innen wollen die deutsche NS-Geschichte anders sehen, als sie im öffentlichen Bewusstsein bislang gesehen wird. Und anders heißt hier immer, dass die Verbrechen der Deutschen zur Zeit des Nationalsozialismus geleugnet, abgeschwächt oder verharmlost werden.

Die meisten Leute verstehen unter Geschichtsrevisionismus die *Leugnung der Shoah*, die von der extremen Rechten betrieben wird und in Deutschland unter Strafe steht. Jedoch gibt es auch andere Formen. Nicht nur die Leugnung von Fakten verstehen wir als Geschichtsrevisionismus, sondern auch das Verstellen von Tatsachen, das Unsichtbarmachen von Zusammenhängen und die bewusste Umgewichtung von Ereignissen (wie die vorwiegende Beschäftigung der Deutschen mit dem eigenen Leid im Krieg und bei der Flucht und Vertreibung aus Osteuropa). Allerdings kann nicht bei allen Entlastungsstrategien von Revisionismus gesprochen werden. Jedoch liegen in vielen dieser Strategien revisionistische Momente oder sie bieten zumindest Anknüpfungspunkte für revisionistische Positionen.

Das ist doch alles so lange her: Schlusstriche

Dass „das“ alles schon lange her ist, davon waren die Deutschen bereits fünf Jahre nach dem Krieg überzeugt. Siebzig Jahre nach der Reichspogromnacht finden das immer noch sehr viele.

Als 1998 der Schriftsteller Martin Walser anlässlich einer Preisverleihung einer großen Zahl seiner Landsleute aus der

Seele sprach, indem er befand, es sei sich genug schlechtes Gewissen gemacht worden, und Auschwitz werde moralisch instrumentalisiert, da erfand er den „Schlusstrich“ nicht neu. 1969 soll Franz-Josef Strauß gesagt haben: *„Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“* Und in den 1980er Jahren hatte der Historiker Ernst Nolte gefordert, den Nationalsozialismus aus neutraler Distanz zu betrachten, so *„daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden“* könnten, und hatte – genau wie Walser zwölf Jahre später – in bester antisemitischer Manier vermutet, dass es den *„Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins“* geschuldet sei, dass eine derartige neutrale Beschäftigung nicht möglich sei.

Die Sehnsucht der Deutschen danach, dass Deutschland wieder eine „ganz normale Nation“ sein dürfe, drückte sich auch in der Begeisterung bei der WM 2006 darüber aus, dass „endlich wieder“ Fahnen geschwenkt werden durften. In Anbetracht der Bilder der WM 1990, wo die Fans im nationalen Taumel der Einheit noch besessener Hoheitssymbole schwenkten, ist diese Rede vom „endlich wieder“ natürlich absurd.

Alles total böse: Die Totalitarismustheorie

Der Begriff Totalitarismus gilt als Oberbegriff für eine Einparteienherrschaft, die mit ständigem Terror regiert. Allerdings ist der Begriff nicht ganz klar. Daher ist er weniger ein wissenschaftlicher Begriff als ein politischer Kampfbegriff, der Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus versucht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. So wird er auch oft mit dem Begriff „Diktatur“ in eins gesetzt. Daher konnte auch die DDR unter diesem Schlagwort gefasst werden. Die Ostdeutschen galten damit nach der Wende als diejenigen,

die „zwei Diktaturen erlebt haben“. Die Befreiung durch die Rote Armee wurde dadurch zu einer neuen Unterwerfung erklärt. Auch Merkel, damals noch nicht Kanzlerin, befand vor dem Bund der Vertriebenen anlässlich des „Tages der Heimat“ am 6. August 2005 *„dass die Befreiung Europas und auch Deutschlands vom Nationalsozialismus damals für viele Deutsche keineswegs anbrechende Freiheit und das Ende von Leid bedeutete. In der östlichen Hälfte Europas und in Mittel- und Ostdeutschland [!] übernahm eine neue totalitäre Diktatur die Herrschaft.“*

Aber die Totalitarismustheorie gibt es nicht erst seit 1990: Schon 1962 beschloss die Kultusministerkonferenz, dass die Totalitarismustheorie im Schulunterricht vermittelt werden müsse. In den siebziger Jahren wurde dieser Ansatz im politischen Klima der Entspannungspolitik wegen ihrer



antikommunistischen Stoßrichtung angegriffen, verlor aber nie völlig an Bedeutung. Nach der Wende konnte sie sich wieder allgemein durchsetzen. Bis heute wird sie im (geschichts-)politischen Diskurs weitgehend akzeptiert. Bei der Totalitarismustheorie kann nicht von Geschichtsrevisionismus gesprochen werden: Sie war immer die herrschende Auffassung in der Bundesrepublik. Jedoch ist sie meist eine Form von *Relativierung*: Erstens können mit ihr die sowjetischen Verbrechen als gleichwertig mit den deutschen dargestellt werden und zweitens kann auf ihrer Grundlage sogar behauptet werden, dass die deutsche Bevölkerung gar keine andere Wahl gehabt habe, als Hitler an die Macht zu bringen, um eine kommunistische „Diktatur“ zu verhindern. So kann in letzter Konsequenz sogar den Kommunist_innen die wahre Schuld am Nationalsozialismus



zugeschoben werden.

Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist's gewesen: Der Verführer und seine Verbrecherbande

Gerne werden die Gründe für den Nationalsozialismus nicht in der politischen Situation, sondern in der Person Hitler gesucht. Dabei wird betont, dass er ein „Blender“ war, über viel „Charisma“ verfügte und besonders Frauen zu beeindrucken wusste. Besonders Guido Knopps Gruselshows auf ZDF bedienen diese Sichtweise. „Hitlers Helfer“, „Hitlers Kriege“ und „Hitlers Frauen“: wichtig sind bei diesen Darstellungen Einzelpersonen und ihre individuelle Geschichte. *„Im Mittelpunkt der Politik und der Geschichte steht am Ende immer noch der Mensch, dem sich gerade an den Wendepunkten seines Daseins mehrere Möglichkeiten bieten – nicht weil ihn strukturelle Zwänge treiben oder irgendwelche dunklen Mächte, sondern oft allein die eigene Schwäche, eigener Ehrgeiz, eigenes Streben, ob nach Macht, nach Ruhm oder nach Geld. Das gilt auch für Hitlers sogenannte „Machtergreifung“, die in Wirklichkeit eine Machterschleichung [!] war.“* Im Lichte dieser Geschichtsbetrachtung wurde das deutsche Volk verführt und dann „indoktriniert“. Die einzelnen Personen tauchen gar nicht als eigenständige handelnde Menschen auf, sondern nur noch als Objekte. So kann Knopp das deutsche Volk als Opfer der Politik eines Mannes hinstellen: *„Jetzt brauchte der Diktator keine Täuschung mehr. Die erste Hälfte seiner Herrschaft hatte er sich seinem Volk verabreicht wie ein Aufputschmittel. In der zweiten Hälfte setzte er die Menschen auf Entzug und tauschte in die karge Welt der Führerhauptquartiere ab.“*

Weil die Deutschen angeblich „getäuscht“ wurden, trifft sie auch keine Schuld. Mit dieser Verengung der Täter_innenschaft auf wenige muss das Geschehene nicht geleugnet werden, es kann sogar immer und immer wieder

erzählt werden. Hinter solchen Erzählungen verschwinden dabei die große Zustimmung der deutschen Bevölkerung, ihre begeisterte Mithilfe und ihre Beteiligung, ohne die der Nationalsozialismus nicht funktioniert hätte.

Deutschland, du Opfer: Alle leiden und niemand ist's gewesen

Schon nach 1945 fühlten sich die Deutschen nicht als Täter_innen, sondern vor allem als Opfer des Krieges. Bomben und „Heimatvertreibung“, sowie das Bild vom leidenden Wehrmachtssoldaten („Landser“) vor Stalingrad und die Rückkehrer aus den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern bestimmten das kollektive Bewusstsein. So fragt ein Plakat für den Film „So war der deutsche Landser“ aus dem Jahre 1955: „Helden oder Schlachtvieh?“ Erst allmählich bildete sich das Bewusstsein der deutschen Schuld. In einer Untersuchung von Schulbüchern stellt Jürgen Peter fest: „[...]das Elend der Millionen Flüchtlinge‘ beschreiben die Mehrzahl der betreffenden Schulbücher aus den 50er und 70er Jahren ausführlich und plastisch - im Unterschied zur rein sachlichen Darstellung des Völkermords an den europäischen Juden.“ In den Siebzigern und Achtzigern ändert sich das Bild; auch die Shoah wird mit plastischen Bildern erzählt.

Weil die Thematisierung deutschen Leidens hinter der Beschäftigung mit dem Leiden der Opfer der Deutschen zurücktrat, bildete sich die Legende, dass über das Leid von Deutschen angeblich überhaupt nicht gesprochen werden dürfe. Dieser Auffassung schließt sich auch Merkel an, als sie am 6. August 2005 vor dem Bund der Vertriebenen spricht. Ihre Partei habe *„über sechs Jahrzehnte ihren Beitrag geleistet, die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen wach zu halten. Dies gilt insbesondere in den Jahren, als sonst niemand über das Thema sprechen wollte und man sich zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt sah. Dies hat sich*

glücklicherweise deutlich geändert.“

Demnach galt auch der Roman „Im Krebsgang“ von Günther Grass im Jahre 2002, in dem das Leid der Vertriebenen und der deutsche Umgang damit nach dem Krieg zum Thema gemacht werden, als „Tabubruch“. Viele freuten sich, dass „endlich“ auch über die deutschen Opfer geredet werden „darf“. Daraufhin erschienen eine ganze Reihe von Büchern und Filmen (zuletzt die revisionistische ZDF-Produktion „Die Gustloff“) zum Thema Vertreibung und Bombenkrieg.

Für letzteres steht symptomatisch das Buch „Der Brand“ von Jörg Friedrich, in dem er den Bombenangriff auf Dresden emotional schildert. Dabei verstellt das persönliche Leid den Blick auf die geschichtlichen Zusammenhänge. Obendrein stellt seine Ausdrucksweise Parallelen zwischen den nationalsozialistischen Verbrechen und den Bombenangriffen der Alliierten her: Friedrich bezeichnet die Luftschutzkeller in Dresden als „Krematorien“ und die Tatsache, dass Bibliotheken brannten, nennt er „Bücherverbrennung“. Die NPD im sächsischen Landtag spitzte das bloß zu, als sie die Luftangriffe als „Bombenholocaust“ bezeichnete.

Dies verdeutlicht die Strategie des Opferdiskurses: Unter einer Menge an persönlichem Leid verschwindet die politische Dimension, werden alle zu gleichberechtigten Opfern eines fürchterlichen Schicksals.

Exportschlager Erinnerungskultur: Bewältigung und humanitäre Kriege

In der alten „Bonner Republik“ galt die deutsche Geschichte immer als Grund, sich an kriegerischen Handlungen nicht zu beteiligen. Als die Bundesrepublik aber im Zuge der Wiedervereinigung die volle nationale Souveränität zurückerlangte, wollte sie auch international wieder handlungsfähig werden. Sie musste daher geschichtspolitisch eine Umdeutung vornehmen: „Vergangenheitsbewältigung“ sollte nun heißen, dass Deutschland international

„Verantwortung“ zu tragen habe. Spätestens mit dem Kosovokrieg wurde Auschwitz auf einmal zu einem geschichtlichen Ereignis gemacht, das Deutschland geradezu zum Kriegführen verpflichtete. Der damalige grüne Außenminister Josef Fischer betonte, dass er nicht nur „nie wieder Krieg“ geschworen habe, sondern auch „nie wieder Auschwitz“. Da die deutsche Regierung in der Politik Serbiens eine Vorbereitung eines „neuen Auschwitz“ erblickte, musste militärisch eingegriffen werden.

Deutschlands Geschichte war plötzlich kein Hindernis mehr für selbstbewusstes internationales Auftreten, sondern ein Grund *dafür*. Nicht trotz sondern wegen der Geschichte sollte mensch hierzulande nun stolz sein können, deutsch zu sein. Daher konnte mensch nun auch anderen Ländern beibringen, wie eine unangenehme Geschichte zu bewältigen sei.

„Erinnerungskultur“ wurde ein Exportgut.

Nicht die Geschichte wurde umgedeutet, einzig die Bedeutung der Geschichte, die Lehren die aus ihr zu ziehen sind, wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Das Kunststück bestand darin, aus einer verbrecherischen Vergangenheit ein positives Selbstbild zu schaffen. In einer Rede vor dem Zentralrat der Juden drückt Merkel das so aus: *„Für mich [...] gilt unverrückbar: Nur in der Annahme der Vergangenheit Deutschlands liegt das Fundament für eine gute Zukunft. Nur indem wir uns zur immerwährenden Verantwortung für die moralische Katastrophe der deutschen Geschichte bekennen, können wir unsere Zukunft menschlich gestalten.“*

Die Lehre aus Auschwitz ist nicht mehr, Nationalismus und Kriege unter Generalverdacht zu stellen, sondern sich mit einer gedenkenden Nation zu identifizieren, auf das Gedenken stolz zu sein und dies als moralische Erhebung zu erfahren, die dazu befähigt, im Namen dieser Moral andere Länder mit Krieg zu überziehen.

Üb immer Treu und Redlichkeit: Der Wiederaufbau der Garnisonkirche

Die politische Rechte will noch mehr, als bloße Entlastung oder Schuldabwehr: Sie wollen die politischen Inhalte, die durch die Shoah moralisch erledigt waren, wieder salonfähig machen. Sie müssen also behaupten, dass ihre politischen Inhalte mit dem NS nichts zu tun haben. Ein eindrückliches Beispiel für einen solchen Versuch bietet die Initiative zum *Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam*.

Errichtet wurde die Garnisonkirche auf Veranlassung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. zu dem Zweck, „eine Versammlungshalle für die geistig-moralische Züchtigung der ‚Riesenkerle‘ „ zu sein.

Bis zum 1. Weltkrieg diente das Haus zunehmend zur Ausrichtung der großen Siegesfeiern der Preußischen Armee. Außerdem wurde die Ausstellungshalle für die in verschiedenen Kriegen erbeuteten Trophäen genutzt, um aller Welt die militärische Machtfülle, den Herrschaftsanspruch und Überlegenheit des Preußentums zu demonstrieren.

Am 21. März 1933 gab Hitler dem Reichspräsidenten Hindenburg nach einem Festakt in der Garnisonkirche in Potsdam die Hand.

Dieser „Tag von Potsdam“ markierte den Schulterchluss der preußischen Eliten mit dem Nationalsozialismus. Ohne die konservativen Eliten wäre es den Nationalsozialist_innen nicht möglich gewesen, die Macht in Deutschland zu erlangen, die sie für ihre Herrschaft benötigten. Der Tag von Potsdam ist damit der moralische Bankrott der „preußischen Tugend“.

Es ist daher für diejenigen Reaktionäre, die heute noch preußische Tugenden wie Gehorsam, Ehre und Pflicht hochhalten wollen, unerlässlich, die massive preußisch-konservative Unterstützung von Nazideutschland aus der Geschichte herauszuschreiben.

Am Tag der Sprengung soll nun am ursprünglichen Standort der Garnisonkirche die *Stiftung zum Wiederaufbau der Kirche* gegründet werden. Der Stiftung gehören unter anderem die evangelische Kirche, einige Lokalpolitiker und die *Stiftung Preußisches*

Kulturerbe an, deren Schirmherr der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm ist. Selbst ernanntes Ziel der neuen Stiftung ist es, ein „Versöhnungszentrum“ zu gründen. Angedacht ist eine Dauerausstellung zum General Stauffenberg und dem angeblichen deutschen Widerstand. Problematisch dabei ist, dass Stauffenberg zu einem „deutschen Volkshelden des Widerstands“ inszeniert wird, obwohl er Zeit seines Lebens Antisemit und überzeugter Nationalsozialist war und dies auch auf Parteiebene praktizierte. Die Garnisonkirche, das Symbol für Preußentum, kann wieder positiv besetzt werden, weil ihre Geschichte mit der Geschichte des 20. Juli in Verbindung gebracht wird.

Um dieses positive (und falsche) Bild von Preußentum in Stein zu meißeln, soll die im Krieg beschädigte und 1968 schließlich gesprengte Garnisonkirche wieder aufgebaut werden. Quer durch die Bevölkerung und alle Parteien findet sich große Zustimmung für das Projekt Wiederaufbau – und es kommen reichliche Spendengelder zusammen. Damit wird die Geschichte Preußens von der Geschichte des Nationalsozialismus gelöst und der christlich-nationale Konservatismus steht als unbefleckt da; der Tag von Potsdam verliert seine Bedeutung. Schon jetzt erinnert ein Glockenspiel an die Kirche, das der Stadt Potsdam von den reaktionären „Iserlohner Fallschirmjäger“ geschenkt wurde. Die Inschriften der Glocken sind ein Sammelsurium der Namen von Fallschirmjägerbataillonen der Bundeswehr, preußischen Prinzen und Infanterieregimentern, von reaktionären Soldatenvereinen und den zehn Geboten. Außerdem waren die Namen der Gebiete eingraviert, welche Deutschland nach seiner Niederlage im 2. Weltkrieg an Polen abgeben musste. Nur letztere Inschriften wurden 1991 bei der Aufstellung des Glockenspiels in Potsdam entfernt. Stündlich bimmelt es das preußische Besinnungslied „*Üb immer Treu und Redlichkeit*“ mit dem Soldaten in den Krieg geschickt wurden. So wundert es nicht, dass das Geläut zur NS-Zeit die Erkennungsmelodie des Volksempfängers bei deutschen Erfolgsmeldungen von der Front wurde.

Überall Widerstand: Superstauffe und der Aufstand des Gewissens

Das Gewissen der Deutschen lässt sich auch dadurch beruhigen, dass es einige wenige gab, die nicht bis zum Ende mitmachten. Der Widerstand hält für alle gesellschaftlichen Gruppen von Kommunist_innen über Sozialdemokrat_innen, Kirchen bis hin zu Konservativen „ihre“ Widerstandgruppen bereit. So können sich alle in die Tradition des Widerstands stellen – und so ist die Geschichte des NS nicht mehr die eigene. In den 1980er und 90er Jahren wurde der „Deutsche Widerstand“ erfunden, d.h. eine einheitliche Erzählung über alle unterschiedlichen Gruppen. Die Einheit soll darin bestehen, dass alle diese Gruppen eben deutsche waren. Damit ließ sich auch der Staat als Ganzes in diese Tradition stellen.

Herausgehobene Bedeutung kommt dabei Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dem 20. Juli 1944 zu. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Verschwörer_innen vom 20. Juli im Wesentlichen die vollständige Kapitulation Deutschlands verhindern wollten, wie auch den moralischen Bankrott: Sie wussten, dass die Vernichtungspolitik kein gutes Licht auf Deutschland werfen würde und sahen, dass Deutschlands Handlungsfähigkeit nach dem Kriege eingeschränkt werden würde. Dies wollten sie mit einem Putsch verhindern.

Dass Stauffenberg und Co. ein antidemokratisches und antiliberales politisches Weltbild hatten, scheint kaum jemanden zu stören. Es heißt, sie hätten „aus den Horizonten ihrer Zeit heraus“ (Peter Steinbach) gehandelt. Da so behauptet wird, dass ihre politischen Ziele nicht an heute zu messen seien, können sie leicht zu geistigen Ahnen der Bundesrepublik werden. Ihr Attentat wird als „Tat um Deutschlands Ansehen in der Welt“ (Frank Schirrmacher)

gedeutet, als „Aufstand des Gewissens“. Die einhellige Meinung besteht darin, dass Deutschland, weil es den 20. Juli 1944 gegeben hat, nicht gänzlich moralisch versagt habe, oder wie es der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU und heutige Innenminister Wolfgang Schäuble 1992 ausdrückte: *„Sie gaben ihr Leben, um Deutschland zu befreien – wenn schon nicht von Hitler, dann wenigstens von der Schande, die diese Barbaren über unser Vaterland gebracht haben.“*

Geschichte wird gemacht

Wir haben einzelne Entlastungsstrategien hier mehr oder weniger schematisch aufgeführt. Natürlich treten all diese Strategien nicht isoliert voneinander auf, sondern werden (so gut es geht) kombiniert, um zu einer entlastenden Geschichtsdeutung zu kommen. Dabei sind aber immer auch Deutungen im Umlauf, die sich widersprechen. Noch ist die Geschichtsschreibung nicht abgeschlossen, der Schlusstrich nicht gezogen. Ob nur die Schlüsse aus der Geschichte oder die Gewichtung der Tatsachen im nationalen Interesse umgebogen werden oder die Fakten gleich mit, kommt auf das politische Klima an. Das Entlasten, Verbiegen und Leugnen variiert natürlich auch je nach persönlicher Motivation und politischer Orientierung derer, die gerade am geschichtspolitischen Diskurs maßgeblich beteiligt sind. Es ist daher wichtig, in diesen Diskurs immer wieder einzugreifen: Die Strategien der Entlastung als politische Strategien offen zu legen und zu zeigen, wie sie funktionieren, ist eine Möglichkeit dafür. Noch wichtiger ist aber, eine Deutung der Geschichte wach zu halten, die nichts entschuldigt und nichts verstellt.

von der Gruppe ...nevergoinghome.

Glossar

Dieses Glossar erklärt einige Wörter und Schreibweisen, die in den Texten dieser Broschüre immer wieder auftauchen.

Da diese Wörter und Schreibweisen nicht immer leicht verständlich sind, aber eine wichtige Rolle in den Artikeln spielen, haben wir versucht, deren Bedeutung verständlich zu machen. Dabei muss festgehalten werden, dass unsere Erklärungen oft nur grob sind, um nicht den Rahmen der Broschüre zu sprengen. Außerdem erheben wir mit dieser Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die meisten Texte aus dem Glossar wurden uns von Andy Hechler zur Verfügung gestellt. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Antizionismus

Im Allgemeinen wird Antizionismus als Feindschaft gegen die politische Strömung des Zionismus und gegen den Staat Israel bezeichnet. Antizionismus findet sich in allen sozialen Schichten sowie in unterschiedlichen politischen und religiösen Strömungen wieder: Vom rechten zum linken Antizionismus, vom christlichen oder islamischen bis hin zum jüdischen Antizionismus ist alles dabei.

Der Zionismus ist eine jüdische Nationalbewegung die unter Theodor Herzl Ende des 19. Jahrhunderts entstand. Ziel dieser Bewegung war es, einen eigenen, jüdischen Staat zu gründen. Diese Vision wurde mit der Balfour-Erklärung von 1917 und spätestens seit 1948, der Gründung des Staates Israel, zur Realität.

Der Antizionismus richtet sich gegen ein jüdisches Nationalbestreben, gegen den Staat Israel und gegen die dortige Politik. Dabei ist der Antizionismus zwar nicht gleichzusetzen mit Antisemitismus, dennoch ist dieser sehr oft antisemitisch motiviert oder er dient als Deckmantel für

plumpe antisemitische Ressentiments. Hinzu kommt, dass sich der Antizionismus oft mit Antiamerikanismus und einer verkürzten Kapitalismuskritik vermischt. Dabei wird Israel oder den Jüd_innen vorgeworfen, dass sie die USA lenken und die globale Wirtschaft beherrschen würden. Oder es wird anders herum behauptet, Israel sei der verlängerte Arm US-amerikanischer Politik. Als Gründe dafür werden die (finanzielle und solidarische) Unterstützung der USA für Israel und Israels Siedlungspolitik genannt.

Diskurs

Stark verallgemeinert könnte man sagen, dass der Diskurs all das ist, was zu einer bestimmten Problematik gesagt werden kann. Gleichzeitig ist er das Regelwerk, welches bestimmt, was auf welche Weise von wem geäußert wird. Der Diskurs beschreibt also den Vorgang der Herausbildung jener Wahrheiten, die in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Thema als Standard gelten. Wenn wir in dieser Broschüre von Diskursen reden, so meinen wir damit den Prozess, der dazu führt, dass bestimmte Annahmen zum Thema Nationalsozialismus und Shoah in der deutschen Gesellschaft als wahr gelten.

Geprägt wurde der Begriff des Diskurses unter anderem von dem französischen Philosophen, Psychologen und Soziologen Michel Foucault.

Jüd_innen bzw. antisemitische Verfolgte

Die Trennung in „Jüd_innen“ und „antisemitisch Verfolgte“ soll verdeutlichen, dass sich beileibe nicht alle antisemitisch Verfolgten als „jüdisch“ definiert haben. In dieser Broschüre schreiben wir in erster Linie über Antisemitismus und dessen Auswirkungen auf die davon Verfolgten, nicht über Jüd_innen. Zwischen beiden gibt es dennoch einen Zusammenhang: Antisemitisch Verfolgte fallen mit Jüd_innen oft in Eins.

Jüdische Deutsche

Viele Jüd_innen in der Weimarer Republik haben sich mehr über ihr Deutsch- als ihr Jüdischsein definiert. Diese Gruppe bezeichnen wir in einigen Artikeln dieser Broschüre als „jüdische Deutsche“. Diejenigen, welche sich eher über ihr Judentum definiert haben, bezeichnen wir als „deutsche Jüd_innen“. Beide Begrifflichkeiten sind ohne Frage nicht sonderlich trennscharf und haben sich im Laufe der Biographien von Verfolgten in aller Regel stark verändert.

Nazi

Der Begriff „Nazi“ ruft oft falsche oder zumindest unzureichende Assoziationen in Deutschland hervor, indem er entweder nur auf Hitler oder eine kleine Clique hochrangiger Funktionäre der NSDAP reduziert wird und dem Kollektiv „der Deutschen“ entgegengestellt wird. Wir gehen hingegen davon aus, dass die große Mehrheit aller Deutschen den Nationalsozialismus entweder aktiv oder passiv mitgetragen, in aller Regel davon profitiert und sich recht gut in ihm eingerichtet hat. „Deutsche“ und „Nazis“ sind in dieser Hinsicht keine Gegensätze, sondern weitestgehend das Gleiche und werden in dieser Broschüre auch so verwendet. Ein Indiz, beileibe nicht das einzige, ist der Besitz des NSDAP-Mitgliedsbuchs von über acht Millionen Deutschen gegen Ende des Nationalsozialismus. Dazu kommt die hohe Konsensbereitschaft der „Volksgenossen“. Sie bildeten das Heer von nicht parteigebundenen Handlanger_innen, Mitläufer_innen, Nutznießer_innen, Zuschauer_innen und Wegseher_innen, die allesamt in ihrer Loyalität und Kompliz_innenschaft als Verbündete des Nationalsozialismus gesehen werden müssen.

Shoah

In dieser Broschüre verwenden wir ausschließlich den Begriff „Shoah“ und nicht „Holocaust“.

Der hebräische Begriff „Shoah“ entstammt der Bibel und ist einer Geschichte über die Heimsuchung des Volkes Israel in Krieg und Verfolgung entlehnt. In einer offiziellen Erklärung der Jewish Agency im November 1942 verwendet, setzte sich der Terminus in der jüdischen Welt durch und ist heute der offizielle Begriff in Israel. Er wird an Stelle von „Holocaust“ verwendet und meint die Vernichtung der sechs Millionen europäischen Jüd_innen im Nationalsozialismus.

Der Begriff „Holocaust“ stammt aus der alten griechischen Übersetzung der Bibel und bezeichnet ursprünglich ein vollständig vom Feuer verzehrtes Opfer – eine in der Antike verbreitete religiöse Praxis der Verbrennung von Tieren als Opfer. Luther hatte das Wort mit „**Brandopfer**“ übersetzt. Metaphorisch auf die Jüd_innenvernichtung im Nationalsozialismus übertragen hieße diese Analogie, dass die Jüd_innen lediglich „Brandopfer“ waren, die SS folgerichtig die „Priester“, die ihrem „Gott“ dieses Opfer dargebracht hätten, die millionenfache Vernichtung also eine quasi unausweichliche, weil gottgewollte und geradezu noble, mit Sinn ausgestattete „heilige“ Handlung war.

Zum _ und großem I

Um durch weibliche Repräsentation auf schriftlicher Ebene nicht Zweigeschlechtlichkeit zu bestärken, verwenden wir in dieser Broschüre den Unterstrich zur Sichtbarmachung queerer und nicht einzuordnender Geschlechtlichkeit. Das große „I“ verwenden wir, wenn wir von gemischtgeschlechtlichen Gruppen spreche, in der queere, transgender und/oder intersexuelle Lebensformen nicht möglich sind bzw. waren und von daher auch nicht repräsentiert werden müssen. Dies ist mitnichten immer

trennscharf voneinander abzugrenzen. Tendenziell sind wir so verfahren, dass wir bei Nazis mit geschlossenem Weltbild davon ausgehen, dass geschlechtlich Uneindeutige weder sichtbar noch erwünscht waren – hier wird das große „I“ verwendet. Und bei allen anderen tendenziell der Unterstrich . Ob das „positive“ Transphobie ist, lassen wir in dieser Hinsicht als Frage offen; sie bleibt offen, bis jemand den Nachweis der Existenz von Transgender-Nazis („Nationalsozialist_innen“) erbringt.

Ebenso offen bleibt die Frage nach der Sichtbarmachung der Hierarchisierung. Zwar wird mit dem „I“ Weiblichkeit sichtbar gemacht und mit dem die binäre Zwangsvergeschlechtlichung in Frage gestellt. Unsichtbar bleibt jedoch der Umstand, dass Träger sozialer Männlichkeit Nutznießer und privilegiert sind, Trägerinnen sozialer Weiblichkeit hingegen verschiedenste Formen der Diskriminierung erfahren. In dieser Hinsicht ist ein Begriff wie der der „TäterInnen“ auch problematisch, verschleiert er doch trotz des Umstands, dass es Täterinnen gab, dass der Nationalsozialismus dennoch eine durch und durch männlich dominierte Gesellschaftsordnung anstrebte und durchsetzte.

Coupon

- Schickt mirExemplare dieser Broschüre
- Schickt mir ein Infopaket
- Ich habe Interesse an Eurem Seminar- und
Veranstaltungsprogramm
- Tragt mich in Euren Newsletter ein.

Name

Adresse

PLZ / Ort

Telefon

Mail

Einsenden an:

JD/JL Brandenburg

Gryphiusstraße 23, 10245 Berlin



